

Ausgabe  
Groß-Berlin

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

## Es lebe die Revolution!

### Nach 13 Jahren

„Die wirklichen, tatsächlichen Rechtsverhältnisse im Land umgestalten, in die Exekutive eingreifen, so sehr eingreifen und sie tatsächlich so sehr umformen, daß sie sich nie wieder selbständig dem Willen der Nation entgegenstellen konnte — das war es, worauf es ankam und was vorangehen mußte, damit eine geschriebene Verfassung von Dauer sein konnte.“

Ferdinand Lassalle.

Eingerollt sind die roten Fahnen des Proletariats. Nicht flattern sie im Sturmwind der Revolution vor marschierenden Arbeiterheeren. Ungeordnet, gebeugten Haupts liegt die gewaltige Armee der Geknechteten und Beraubten, die Reservearmee eines fluchwürdigen Kapitalismus, auf den Straßen, blickt sehnsüchtig auf verödete Werkstätten. „Arbeit und Brot“ tönt ihr Verzweiflungsschrei — höhnisches Echo klingt zurück.

Republik, die gemeinsame Sache? Herrenwille befiehlt sklavischen Gehorsam, Volksnot gebietet Notverordnungen. Und sie heißen: Hunger, Entbehrung, Entrechtung! Demokratie, Herrschaft des Volkes? Diktat der Profitmacher, Befehl unfähiger „Wirtschaftsführer“ ist an ihre Stelle getreten. Nicht die phrygische Mütze trägt diese Republik, der Stahlhelm, das Symbol des Völkermords, krönt ihr Haupt.

Vorbei die Zeit, da Herrnsöhnchen „unters Volk“ gingen, da sie die Achselstücke, die Zeichen der Befehlsgewalt, still und scheu von ihrer Uniform abtrennten und des schnarrenden Befehls vergaben. Hieß nicht schmeichelnd „Kamerad“, der gestern noch „gemeiner Mann“ war? Wie lang scheint es her! Und sind doch nur 13 Jahre vergangen seit jenem 9. November 1918, da ein Volk jubelnd ins ungewohnte Licht der Freiheit blinzelte — und sie nicht zu bewahren verstand!

Herrenlos lag Neuland vor dem deutschen Proletariat. Geflohen waren die Machthaber von gestern, im sauselnden Flugzeug unter blauer Brille sich taugend, in rot bewimpelten Autos sich bergend, von Soldatenräten ihre unbezweifelbare revolutionäre Gesinnung sich bestätigen lassend. Das Hasardspiel war verloren, die Bankrotteure zogen sich in ihre Paläste zurück, die Liquidierung des großenwahn sinnigen Unternehmens den Ausgeplünderten überlassend. Zogen sich zurück, nicht um abzudanken, um ihre Zeit zu erwarten.

Sie wußten, daß sie kommen würde, die Generale und Bürokraten, die Junker und die Pfaffen, die Erzherzöge und die Bankkönige! Denn Führer der Revolutionäre, sie wollten ja nicht sein Führer der Revolution. „Die soziale Revolution, ich hasse sie wie die Sünde“ — das war das Bekenntnis eines Friedrich Ebert noch am 8. November des Jahres 1918. „Dunkelrot vor Zorn“ fuhr er Philipp Scheidemann an, der, ein geschickter Marktschreier, die Revolution „ausrief“, um anderen zuvorzukommen, um „die sehr

akute bolschewistische Gefahr“, die Umgestaltung der wirklichen tatsächlichen Machtverhältnisse hieß das abzuwehren. Was war ihnen allen die rote Revolution? Eine Störung von „Ruhe und Ordnung“ — nicht das Morgenrot einer neuen Zeit! Gefangene ihrer Politik einer blutigen „Volksgemeinschaft“, — wie hätten sie sich zurückfinden können auf den alten Kampfboden, um zu dienen der Idee des Klassenkampfes, der Ueberwindung, der Unschädlichmachung der herrschenden Klasse?

Und unvorbereitet war die Masse, waren die Soldaten der Revolution. Immer rechtlos, wußten sie nichts von ihren Rechten, wagten sie nicht die von zermürbender Arbeit gekrümmten Rücken aufzurichten, die müden Stirnen zu den Sternen der Freiheit zu erheben. Demütig, tatlos ließen sie geschehen, was immer geschah, warteten auf Befehle, die nicht kamen. Ja, unvorbereitet war diese Revolution. Nicht war sie beflügelt von dem Sang einer Marseillaise, Ziel und Weg waren im Nebel verborgen. Nicht nur weil die ökonomischen Verhältnisse reif waren, brachte die Revolution von 1789 die Befreiung des dritten Standes, nein, weil sie jahrzehntlang vorbereitet war im Geiste. Die Revolution von 1918, sie sollte sein der erste Schritt zur Befreiung des vierten Standes. Doch die Fußspuren sind schon ausgelöscht und noch einmal ist der erste Schritt zu tun!

Denn auch das war die Tragik der deutschen Revolution, daß ein anderer Teil des Proletariats und seiner Führerschaft aus der revolutionären Front der Masse, die trotz allem da war und in Bereitschaft, daß er aus ihr ausbrach, weil er im Sturmschritt zum Ziel wollte,

daß er die Reihen zerriß und sich in romantisch-revolutionäre Utopie verirrte. „Weitertreiben“ wollte mit Putsch und Handstreich Spartakus die Revolution, weitertreiben, da sie doch dem Gros schon weit, viel zu weit voraus war.

Und so stand bald Proletarierfront gegen Proletarierfront, neues Morden hub an.

Das Signal war es für die, die sich bis dahin feige verkrochen hatten. „Ruhe und Ordnung“ zu machen, da fühlten sie sich zuständig. Da stellten sie sich schnell auf den „Boden der gegebenen Tatsachen“, die ehemals kaiserlichen Offiziere, und pflügten ihn um über blutige Proletarierleichen, bis es wieder ihr Boden war. Da fühlten sie sich als „Herren der Situation“ und waren schnell wieder „die Herren“. Sie liquidierten die verhaßte Revolution, wie sie es immer getan hatten. Kaltgenossen sie ihre Rache, wieder tönte wie zur Zeit der Kommune schaurig der Schrei: „Wir kämpfen, aber sie morden!“

Und wie die Hyänen der Blutspur des Tigers folgten hinter den Uniformierten die anderen „Ordnungsstützen“, die Gebieter über Produktion und Produktionsmittel, die Herrscher im Reich der Großindustrie, die Kohlen- und die Schlotbarone, die Raffner von der Börse und die Großsiegelbewahrer vom Kassenscheck. Und es folgten ihnen, die Reitpeitsche in der Hand, die Herren von Ahr und Halm, die Junker. Sie alle, alle kamen und umzäunten den Boden mit dem Stacheldraht ihrer Gesetze, den Boden, den das kämpfende, sich bekämpfende Proletariat mit seinem kostbaren Blut gedüngt, aber zu besetzen versäumt hatte.

### Noch sind nicht alle November vorbei

Fünf Millionen Arbeiter sind arbeitslos, und in dieser Zahl ist nicht einmal die ganze Arbeitslosigkeit eingeschlossen. Die Armee der Erwerbslosen wächst von Tag zu Tag und wird Brünnings pessimistische Erwartung von sieben Millionen Erwerbslosen noch übertreffen. Drei Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger stehen im schwersten Kampf um ihre Existenzmöglichkeit, darunter Hunderttausende, deren Einkommen kaum noch das eines unterstützten Erwerbslosen ausmacht. An allen Enden Deutschlands entflammen Streiks, ringen die Arbeiter Brust an Brust mit den Unternehmern. Berufsgruppe auf Berufsgruppe wird in diesen erbitterten Kampf hineingezogen. Ein Sturm erschüttert das ganze soziale Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft wie seit 1923 nicht mehr.

Und die Bourgeoisie selbst? Sie kämpft mit dem Mut der Verzweiflung steuer- und ruderlos gegen die entsetzten Gewalten. Vor zwei Jahren noch schien das kapitalistische System gesichert und im Aufstieg. Das Unternehmertum war im Angriff gegen die Stellungen der Arbeiterklasse. Heute versinken die Festungen des Kapitals im schmutzigen Morast der Korruption. Heute stürze die stolzen Burgen der Banken und Konzerne. Die Erzherzogtümer der Flick, Thießen und Otto Wolf — aufgebaut auf der geborgten Macht des Bankkredits — stehen vor dem Zusammenbruch. Die Kapitalisten fliehen aus dem Kapitalismus. England, und mit ihm eine Vielzahl von Staaten,

hat seine Währung vom Golde gelöst, obwohl es an seine Schuldner dabei Milliardenwerte verliert. Selbst der Gläubiger aller Gläubiger, das Dollar-Land, ist in den Strudel der Krise hineingerissen worden. Die Landwirtschaft ist schwer getroffen. Millionen Bauern aller Kontinente sind im Aufruhr. Die sozialen Gegensätze sind schärfer denn je, und überall schützt nur noch die nackte Gewalt die Ruhe und Sicherheit, den Besitz und die Ordnung des Kapitalismus.

Nie — kaum 1917/18 — war die objektive Lage des kapitalistischen Systems günstiger für die soziale Revolution. Aber die günstige Situation, die Ausnützung der Krise, kann durch die Unreife der Arbeiterbewegung verpaßt werden, wie sie vor 13 Jahren verpaßt wurde. Die Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß ihr Lohnkampf heute ein Kampf um und gegen das System selbst ist. Nicht die Abwehr vor 5 Prozent Lohnkürzung kann das Ziel ihres Kampfes sein, sondern der Kampf gegen das System, das immer wieder zur Krise, zur Not und zum Hunger führt.

Vom November 1918 bis zum November 1931 zieht sich der Weg des Proletariats in Kurven durch die Niederungen und Schützengräben des Klassenkampfes.

Jetzt steht die Arbeiterklasse vor neuen Aufgaben am Fuße des Berges, dessen Gipfel vom Sonnenlicht des Sozialismus bestrahlt ist. Noch sind nicht alle November vorbei!

Eine direkte Linie führt vom November 1918 über die vielen Etappen — des Kapp-Putsches, des Ruhrabenteuers, der panzerkreuzelnden Koalitions- und Tolerierungspolitik der SPD — zum November 1931, zur halbfaschistischen Diktatur des Brüning-Groener-Kabinetts, führt vom blutigen Menschenmord des Krieges zum nicht weniger verlustreichen Feldzug großenwahnsinniger, unfähiger Wirtschaftsführer gegen die Arbeiterschaft, gegen die Nation der Armen führt — wer weiß es heute? — von Heinrich Brüning zu Adolf Hitler, zur Despotie des Sadismus. Die geschriebene Verfassung — zu einem Fetzen Papier ist sie geworden Das Parlament — eine Gebetsmühle zum Ja- und Amen-Sagen Soziale Rechte — eine Wurfprobe auf dem Jahrmarkt der großen Pleitemacher. „Gegebene Tatsachen“ — das ist Danatbank und Subvention, ist Schiebung und Betrug, ist breitgefrazte Unfähigkeit, die sich als „Herr im Hause“ aufspielt Die deutsche Republik — das ist heute der Artikel 48, verkörpert in dem Generalfeldmarschall des kaiserlichen Heeres. So ist dieser Herr von Hindenburg mehr noch als im Kriege zu einer symbolischen Größe geworden. Milliarden und aber Milliarden vergeudet, verpulvert, sie werden „abgeschrieben“ ... auf dem Rücken des Volkes

Mobilgemacht wird — seht euch nur den Etat des Reiches an! — gegen den „inneren Feind“, gegen die unbekanntten Massen, die 1918 die Republik errichtet haben und geblieben sind, was sie von je waren, Stiefkinder des Staates. Lasteres soll das Volk bleiben, geduckt unter die rohen Stallknechte im braunen Hemd, die den Schwur abgelegt haben auf das Hakenkreuz und den Kassenschrank ihrer Zuhälter. Sumpf und Fäulnis, Schmutz und Korruption, das ist das Gepräge dieser Zeit, die an sich selbst zugrunde geht, sich selbst absurdum führt. Und auch das ist eine Revolution, ist die Vorbereitung zu ihrer letzten Phase. Auch das Jahr 1789, es kam nicht von ungefähr!

Gewartet hatten wir auf die soziale Revolution, — da war sie da! Wir glaubten sie noch vorbereiten zu müssen — da war der Zeitpunkt des Zupackens schon verpaßt. Immer waren wir rechtlos, so trauten wir uns nicht von unseren Rechten Gebrauch zu machen. Nun die letzten mit Füßen getreten werden, weckt Empörung das Rechtsgefühl auch in den Herzen der geduldigsten. Verkannt haben wir einst die Zeichen der Zeit, — wir haben gelernt, sie zu deuten. Revolution, die große Umwälzung, das ist kein Theaterstück, das mit Fanfaren angekündigt wird. Die Trompeten von Jericho, sie sind kein Requisit des Klassen- und Massenkampfes. Die Mauern der Zwingburgen, sie müssen systematisch, unermüdlich beantragt werden — und sie werden beantragt werden!

Die Revolution von 1918 nähert sich ihrem entscheidenden Stadium. Sie ist vorgetrieben worden zu ihrem wahren Sinn, dem des Klassenkampfes, der gesellschaftlich-ökonomischen Umwälzung. Das liberale Bürgertum hat sein Schicksal erfüllt, es hat auf dem Rücken des Proletariats erreicht, was es selbst zu erkämpfen zu feige und schwach

war. Aber sein politischer Sieg, die Erfüllung seines Wesens, war auch seine Todesstunde. Die „freie Konkurrenz“ ist ein leerer Schemen geworden, an seine Stelle ist getreten der „organisierte Kapitalismus“, die Monopoldiktatur des Finanzkapitals. Es erfüllt sich die prophetische Sicht des kommunistischen Manifests. Ausgefallen sind schon heute die Mittelschichten, und kein Zauberwort einer Notverordnung wird sie wieder zum Leben erwecken. Mögen sie heute noch romantisch rückwärts gerichtet nach mittelalterlichen Ständeformen sich sehnen, die Front der reaktionären Restauration stärken, der Anschauungsunterricht, den sie erhalten, wird auch sie zur Erkenntnis zwingen. Wir wollen dabei helfen.

Die Revolution ist nicht tot, die Revolution vollendet sich. Nicht dürfen wir vergessen die Lehren der Vergangenheit, lernen müssen wir aus den Fehlern des letzten Jahrzehnts. Der revolutionäre Kampf zwischen einer kleinen, aber ungeheuer mächtigen Schicht und der ungeheuren Masse des Proletariats, — der Schlußakte einer gewaltigen Menschheitstragödie steht bevor. Wir wissen nicht, wann das Signal zum Aufbruch ertönt, aber gerüstet müssen wir sein zu jeder Stunde. Nicht richtet sich der Zeitpunkt nach dem Bürokalender, nicht nach dem Exerzierreglement „revolutionärer“ Feldwebel, die Revolution, sie kommt nach eigenem Sinn und eigenen Gesetzen.

Sie zu erkennen, das ist die Aufgabe. Daß sie nicht wieder versinkt in schalem Opportunismus, daß nicht wieder, gebeugt über dünne Linsengerichte, das Proletariat sein Ziel aus den Augen verliert.

Nicht hat es gefehlt und nicht fehlt es an Soldaten der Revolution, es fehlten die Führer, die Offiziere, es fehlte Plan und Aufbau, und so löste sich das revolutionäre Herz bald wieder auf, jeder ging zurück an seine Privatgeschäfte, zur alten „Ordnung“. Die Kasernen des Leibes wurden verlassen, in neue Kasernen des Geistes flüchtete man sich. So ging diese Phase der größten Revolution verloren. Aber der Sozialismus wird revolutionär sein, oder er wird nicht sein!

Mit aller Energie und mit erquickender Deutlichkeit hat Engels das „frischfrömm-fröhliche Hineinwachsen“ der alten Sauerer „in die neue Gesellschaft“ als Unsinn abgelehnt. Revolution, das hieß den Altmeistern gewiß nicht Putschismus, dem wehrten sie mit aller Schärfe ihrer Polemik, aber ebensowenig hieß sie ihnen „beschränkte Philisterhaftigkeit“, die da glaubt, nur unter Wahrung der Kontinuität, nur unter Verwendung von Glacéhandschuhen die neue Welt herbeiführen zu können. Nichts zu tun haben wollte Engels mit dem Typus von Sozialisten, „der heute Revolution predigt, morgen den gewaltsamen Umsturz für das größte Unglück erklärt, einerseits Angst hat, von Mosts großen Worten überholt zu werden, andererseits fürchtet, die Arbeiter möchten seine eigenen großen Worte ernst nehmen“. Ach, wie wir ihn kennen, diesen Typus! Er muß verdammt sein, ein für alle Male, zur Lächerlichkeit.

Nicht darf sich das Trauerspiel von 1918 wiederholen. Klar und hart müssen wir sein, auch, ja zuerst, gegen uns selbst. Austreiben den Lügegeist bürgerlicher „Wohlanständigkeit“, wehren auch dem Ueberschwang revolutionärer Romantik. Und hinausdenken müssen wir über die Stunde der Entscheidung, Plan und Aufbau muß vorliegen für alles, was zu geschehen hat am Tage nach der sozialen Revolution.

Wir wissen: „Die Masse tut es!“ Wir wollen sie sammeln und heute schon herausführen aus den Kasernen des Geistes einer verfaulenden Gesellschaft. Aber nicht Schlagworte, Schlagfähigkeit ist es, die wir brauchen. Daß nicht das Wort Hebbels zum Richterspruch werde über die Generation: „Eine verpfuschte Revolution ist ein verpfushtes Jahrhundert!“

Es geht um Sein oder Nichtsein des Proletariats, der Gegner hat einen Sieg erfochten, aber es war, wir sehen es täglich und stündlich, ein Pyrrhussieg. Er, der die Revolution haßt, muß sie vorbereiten. Es zwingt ihn das Gesetz seines Wesens. Ja, wir wissen: ein Teilgefacht ging verloren, größer ist die Aufgabe. Weltweit, weltumspannend. Aber wir wissen auch, und das macht uns stark und freudig, wir leben in einer revolutionären Zeit, wie gewaltiger sie nie da war. Und deshalb sei an diesem Geburtstag der proletarischen Revolution, deshalb sei, heute wie morgen, Schwur und Gelöbnis der Ruf:

**Es lebe die Revolution!**

**Werbt für die SAZI**

## Worauf beruht die öffentliche Sicherheit im Notwinter?

Glaube — Hoffnung — MG

Brünings Geist

„Aus dem christlichen Glauben ergibt sich auch der Glaube an die eigene Kraft. Es muß das wieder in das Volk hineinkommen, was es auch schon in früheren entscheidenden Stunden der Geschichte bewiesen hat, daß man nicht verzagt, wenn alles dunkel ist, daß man nicht nur an das Chaos glaubt und in Resignation verfällt, sondern, daß man einen religiösen Glauben hat und aus diesem Glauben die Kraft gewinnt, mutig den Dingen entgegenzutreten, mutig in die Zukunft zu schauen, jede Aufgabe anzugreifen, mag sie noch so hart sein. Hat man diese Geisteseinstellung im deutschen Volk wieder erreicht, so wird nichts das deutsche Volk bedrücken können, so wird das deutsche Volk, das gepeinigt und gedrückt wird, sich letzten Endes

trotz aller Schwierigkeiten in der ganzen Welt auf Grund seines Glaubens, auf Grund seiner Kraft, auf Grund seines Fleisches endlich einmal sicher durchsetzen.

Stegerwalds Glaube

Wir sind über den Inflations- und Stabilisationswinter 1923/24 auch nur hinweggekommen mit dem Belagerungszustand, und wenn alles hart auf hart geht, ist der gegenwärtige Staat noch lange nicht am Ende seiner Kraft angelangt. Wenn dafür gesorgt ist, daß die Menschen nicht zu hungern brauchen, dann wird es auch möglich sein, äußerstenfalls mit dem Aufgebot aller staatlichen Machtmittel Ordnung zu schaffen.

## Zum Verhungern verurteilt

Nach den 200 000 gekündigten Textilarbeitern des Westens sind jetzt die sächsischen Textilarbeiter dran. Der mitteldeutsche Schlichter hat in einem Schiedsspruch einen weiteren Lohnabbau um 5 Proz. diktiert, der die elend entlohnten Textilarbeiter mit Stundenlöhnen unter 50 Pfennige besonders hart trifft. Unter den Schiedssprüchen der letzten Tage stellt dieser einen von besonderer Brutalität dar.

Der „Vorwärts“ fragt: „Wo ist endlich die Grenze?“ Darauf gibt es nur eine Antwort: Dort wo die Arbeiterschaft nach all dem Paktieren und Tolerieren den Kampf entgegen der „Vorwärts“-Politik aufnimmt.

## Die Breslauer Arbeiter wehren sich

Breslau, 6. November.

In einer überfüllten Versammlung haben am Freitagabend die freigewerkschaftlich organisierten Breslauer Gemeindearbeiter einmütig den Schiedsspruch vom 31. Oktober abgelehnt. Die Breslauer Gemeindearbeiter verstärken damit die Kampffront der streikenden Metallarbeiter. Der besonders tiefe Lohnstandard der Breslauer Arbeiter macht einen entschlossenen Kampf in breiter Front gegen die Unternehmer notwendig.

## Lohnsenkung in der niederschlesischen Metallindustrie

Breslau, 7. November.

Die in den letzten Tagen geführten Verhandlungen über eine neue Lohnregelung in der niederschlesischen Metallindustrie sind jetzt zum Abschluß gekommen. Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach die bisherigen Löhne Niederschlesiens, ausschließlich Breslau Stadt und Land, um 6 Prozent gesenkt werden.

## Dienstag wieder Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn

Im Lohnkonflikt bei der Deutschen Reichsbahn nehmen die Lohnverhandlungen am Dienstag, den 10. November, vormittags 10 Uhr, im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Schlichters Dr. Jötten ihren Fortgang.

## Nachverhandlungen im Gemeindearbeiterkonflikt

Zurückstellung der beabsichtigten Kampfmaßnahmen.

Köln, 7. November.

In einer am Freitagabend stattgefundenen Versammlung des Christlichen Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen teilte Bezirksleiter Becker mit, daß in Verhandlungen zwischen den beiden Parteierichtungen mit dem Oberbürgermeister und dem zuständigen Dezernenten am Freitag nachmittag vereinbart wurde, daß irgendeine Lösung zur Milderung für die städtischen Arbeiter gefunden werden müsse. Der Oberbürgermeister stehe auf dem Standpunkt, daß die Paragraphen sechs und sieben der Notverordnung durch diese Senkung der Löhne ungültig seien und daher die Krisen-

Das hat die SPD toleriert

## Lohnsenkung ohne Schlichtungsverfahren

Zu dem Rechtsstreit über die Verbindlichkeitserklärung des Lohnsenkungsschiedsspruches gegen die Reichsarbeiter schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Man vertritt im Reichsarbeitsministerium den Standpunkt, eine Verbindlichkeit brauche nicht mehr ausgesprochen zu werden, da ja nach dem Sinn der Notverordnung die Lohnkürzung angeordnet werden könne. Das Zeugamt in Kassel, das dem Reichwehrministerium untersteht, hat bereits die Lohnkürzungen durchgeführt, die in dem Schiedsspruch für die Reichs-

arbeiter vorgesehen sind.“

Aus dieser kurzen Feststellung geht die viel zu wenig beachtete Tatsache hervor, daß nach der letzten Notverordnung vom 6. Oktober die Lohnkürzungen einfach angeordnet werden können, ohne daß dazu ein besonderes Schlichtungsverfahren noch durchgeführt zu werden braucht. Auch dieser einschneidenden Benachteiligung der Arbeiter ist von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugestimmt worden, die damit die Mitverantwortung für diese gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichteten Notverordnungsbestimmungen übernommen hat.

## Mildes Gericht

Berlin, 7. November.

Das Schöffengericht Charlottenburg, das seit vierzehn Tagen der Kurfürstendammvorgänge in eingehender Beweisaufnahme würdigte, verkündete in den Mittagsstunden des Sonnabends das Urteil:

Graf Helldorf und dessen Stabschef Ernst wurden wegen einfachen Landfriedensbruchs zu sechs Monaten Gefängnis, wegen Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe, ersatzweise zehn Tagen Gefängnis, verurteilt.

Jungstahlhelführer Diplomingenieur Wilhelm Brandt erhielt wegen einfachen Landfriedensbruchs sechs Monate Gefängnis.

Damerow drei Monate Gefängnis, Schulz vier Monate Gefängnis.

Hell, Hagemeister, Samerski wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

## Schon frei!

Nach der kurzen Urteilsbegründung des Vorsitzenden beschloß das Gericht auf Antrag der Verteidigung, Graf Helldorf, dessen Stabschef Ernst und den Jungstahlhelführer Brandt, die sich bisher in Untersuchungshaft befanden, aus der Untersuchungshaft zu entlassen und den Haftbefehl aufzuheben.

## Zwei neue Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates

Das Reichskabinett hat beschlossen, zwei weitere Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates zu bilden. Dem Ausschuß I für Produktionskosten und Preise wird Reichskanzler Dr. Brüning oder Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Stegerwald, dem Ausschuß II für Kredit und Zins der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister der Finanzen Dietrich oder Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold vorsitzen.

Sämtliche Mitglieder des Wirtschaftsbeirats sind gleichmäßig auf diese beiden Ausschüsse verteilt worden.

Die Ausschüsse werden Dienstag, den 10. November, in der Reichskanzlei zum Beginn ihrer Beratungen zusammentreten. Es ist in Aussicht genommen, zur Beratung wichtiger Einzelfragen Sachverständige zuzuziehen. Die ersten Sitzungen werden der Feststellung des genauen Arbeitsprogramms dienen, dem Leitsätze der Reichsregierung zugrunde liegen werden.

## 8 Tage lang keine Brotpreiserhöhung

Unter dem Druck der Massenempörung hat sich der Reichsernährungsminister nicht bereit erklärt, den Wünschen der Bäckereien nach einer Brotpreiserhöhung nachzukommen. Die Verhandlungen darüber sind auf eine Woche vertagt. Die Bäckereien hoffen, daß inzwischen das Zögern der verantwortlichen Stellen wird überwunden werden können. Die Getreidepreise sind inzwischen weiterhin angezogen. Die Brotpreiserhöhung wird sich nur vermeiden lassen, wenn die Konsumenten keinen Zweifel über ihre Entschlossenheit, Einkommenverminderung und Preiserhöhung nicht zu dulden, entstehen lassen.

## Generaldirektor Stimming gestorben

Bremen, 7. November

Der 1. Vorsitzende des Vorstandes des Norddeutschen Lloyd, Generaldirektor Geheimrat Dr. h. c. Stimming, ist in der Nacht zum Sonnabend einer Lungenembolie erlegen.

Im Jahre 1917 fiel Stimming in amtlicher Eigenschaft in Gemeinschaft mit dem Regierungsrat Cuno vom Reichsschatzamt die Regelung der Auseinandersetzungen zu, die zwischen den durch die Schiffsraumbezahlungen der Kriegsgegner geschädigten großen Reedereien und dem Reich stattfanden. Die von den beiden Reaktionen bearbeitete Regelung schätzte den Schiffsraumunternehmern so viele Millionen als Entschädigung zu, daß zum Dank dafür beide bald danach von den Reedereien in leitende Stellungen übernommen wurden. Cuno kam zur Hamburg-Amerika Linie, Stimming trat in die Verwaltung des Norddeutschen Lloyd ein.

## Zuerst politische Schulden

Fortsetzung des Reparationsgesprächs

Paris, 7. November.

Der „Matin“ faßt die Antwort der französischen Regierung auf die neuen Vorstellungen des deutschen Botschafters dahin zusammen, daß Laval sich weigere, irgendeine Verbindung der Reparationen mit den Privatschulden anzuerkennen. Laval habe von Hoesch zu verstehen geben, daß die Reparationen zuerst geregelt werden müßten, und daß sich die Reichsregierung in der Frage der kurzfristigen Kredite direkt mit den Gläubigern auseinanderzusetzen solle.

Wie das Blatt ferner aus gutunterrichteter Quelle zu wissen glaubt, soll der Plan des belgischen Finanzsachverständigen Franquai bei den zuständigen französischen Stellen auf wenig Gegenliebe gestoßen sein. Man könne schon jetzt mit Bestimmtheit annehmen, daß dieser Plan von dem kommenden französischen Ministerrat völlig ausgeschaltet werde.

## Eine wichtige Aussage

Im Calmette-Prozess

Gr. Lübeck, 7. November. Auch in der heutigen Sonnabendverhandlung bemühte sich das Gericht, die einzelnen Todesursachen bei den gestorbenen Säuglingen aufzuklären. Mehrere Lübecker Aerzte äußerten sich größtenteils zu dem klinischen Verlauf der Krankheit, da andere Befunde in diesen Fällen nicht vorliegen. Dr. Wundt-Lübeck behandelte ein gefüttertes Kind und betonte, daß ihm von den Eltern dieses Kindes nichts davon gesagt worden sei, daß es bereits mit ECG gefüttert worden war. Er habe damals deshalb auch keinen Zusammenhang der Todesursache mit der BCG-Fütterung feststellen können. Heute sei er allerdings der Meinung, daß der Tod mit größter Wahrscheinlichkeit auf die Fütterung zurückzuführen war. Frau Dr. Degener äußert sich zu einem anderen Fall. Sie betonte, daß das betreffende Kind eine ausgesprochen schwere Furunkulose gehabt habe, und daß es schließlich gestorben sei. Sie habe damals die gerichtsarztliche Untersuchung der Leiche gefordert, die aber von den Eltern abgelehnt worden sei. Professor Dr. Schürmann-Berlin äußerte sich dann nochmals über den Befund eines von ihm seziierten Kindes, das an Gehirnhaut-Tuberkulose gestorben sei. Dieses Kind habe bei der Geburt eine Verletzung am Gehirn erlitten. Hierbei entstand, wie der Sachverständige ausführte, eine Art verminderten Widerstandes, an dem sich die Tuberkulose-Bazillen angesammelt hatten.

Als Dr. Wiener, früher Assistenzarzt am Kinderhospital in Lübeck vernommen wurde, stellte ein Sachverständiger die Frage, ob ihm der Zusammenhang des Todes eines Kindes mit der Fütterung nicht damals schon klar geworden sei. Der Zeuge antwortete überraschend,

daß ihm seinerzeit die Tatsache, daß in Lübeck allgemein mit BCG gefüttert wurde, nicht bekannt gewesen sei.

Die Mitteilung darüber habe er erst Mitte April erhalten. Auch die Frage, ob ihm denn keine Mitteilung von dem Beschluß der ärztlichen Versammlung gemacht worden sei, verneint der Zeuge. Mehrere Verteidiger und Anwälte wollten zu diesem Punkt noch Aufklärung haben, doch der Vorsitzende lehnt die Fragestellung mit dem Hinweis ab, daß der jetzige Teil der Beweisaufnahme nur der Feststellung der Todesursache gelte und deshalb die Fragen zurückgestellt werden müßten.

## Eine weibliche Leiche im Grunewald gefunden

Im Berliner Grunewald-Forst wurde in einer Schonung in der Nähe von Paulsborn die Leiche einer noch unbekannt, etwa 50 bis 55 Jahre alten Frau aufgefunden. Die Feststellungen der zweiten Reserve-Mordkommission, unter Führung des Kommissars Dr. Bartsch, haben ergeben, daß es sich hier aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Selbstmord handelt. Neben der Leiche wurden zwei Rasierklingen gefunden, mit denen sich vermutlich die Frau die Schenkel an den beiden Pulsadern, dem Schienbein und an der Halschlagader beigebracht hat. Die Tote war bekleidet mit einem schwarzen Mantel, graublauen Strümp-

## Frenzel Nr. 2

Wie ein Blutschandeprozeß zustande kam

Vom Brandenburger Schöffengericht war der 45 Jahre alte Laborant Karl Ruppin aus Pritzerbe wegen fortgesetzten Sittlichkeitsverbrechens, das er an seiner Tochter Ilse begangen haben soll, zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Er hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, die jetzt vor der Potsdamer Großen Strafkammer zur Verhandlung kam. Der Schmied Peter Graboff, der die Tochter Ilse heiraten wollte und dem diese von den angeblichen Verfehlungen ihres Vaters erzählte, hatte gegen Ruppin Anzeige erstattet. In der Verhandlung bestritt Ruppin entschieden, schuldig zu sein, die Aussagen der Tochter Ilse seien auf einen Druck des Schmiedes Graboff zurückzuführen. Eine sehr merkwürdige Darstellung der Entstehung dieses Prozesses bot dann die Aussage der Tochter Ilse. Sie erklärte, Graboff habe ihr zugeredet, mit ihm ins Ausland zu fliehen.

hute und einem braunen Kleid. Außerdem seien schwarze Halbschuhe, schwarzem Filz wurde eine Handtasche in Pompadour-Form gefunden und eine Geldbörse mit einigen Groschen Inhalt. Die Kommission nimmt an, daß die Frau aus den Kreisen des verarmten Mittelstandes stammt und erbittet Anzeigen, die zur Feststellung ihrer Personalien führen könnten, an das Polizeipräsidium. Die Leiche wurde ins Leichenschauhaus Charlottenburg geschafft.

## Drei weitere Gefährten Wegeners zurückgekehrt

Aus Hamburg wird gemeldet: Mit dem Zug von Kopenhagen trafen drei weitere Teilnehmer an der Wegener-Expedition hier ein, und zwar die in Hamburg ansässigen Lissey und Friedrichsen, von denen der erste Student und der zweite Mechaniker ist, sowie der Isländer Gutmund Gislason. Die drei Heimkehrenden weilen schon seit einiger Zeit wieder in Europa, nachdem der Dampfer „Gertrud Raff“ sie von Grönland herübergebracht hatte. Alle drei waren auf der sogenannten Weststation tätig und haben auch die Auflösung dieser Station durchgeführt. Die Stationen Ost und Eismitte sind schon früher aufgelöst worden, wogegen West noch bis zuletzt als Stützpunkt behalten wurde. Mit der Auflösung der Weststation war auch die Aufgabe der drei jetzt Heimgekehrten beendet.

## Neuer Dynamit-Diebstahl

WTB. Kassel, 7. November.

Aus der Sprengkammer des Steinbruchs Johannisberg bei Witzenhausen haben bisher unbekannte Täter 55 Pfund Gelatine-Dynamit gestohlen. Der Sprengstoff war erst vor einigen Tagen angeliefert worden und lagerte in einer Kammer, die durch zwei Türen gesichert war. Die äußere Tür haben die Diebe mit Nachschlüssel, die zweite dagegen mit Gewalt, wahrscheinlich unter Benutzung einer Brechstange, geöffnet. Die

Um Schwierigkeiten durch den Vater aus dem Wege zu gehen, hätten sie vereinbart, gegen ihn die Anzeige zu erstatten, damit er in Haft genommen würde.

Ueber die sich regenden Gewissensbisse hätten sie sich dann hinweggesetzt in der Annahme, daß der Vater ja nicht bestraft werden könne, wenn sie, die Hauptzeugin, im Ausland sei. Ilse erklärte dann noch einmal mit großer Bestimmtheit, daß der Vater „mit ihr nichts vorgehabt habe.“ Daraufhin beantragte der Staatsanwalt, das Urteil erster Instanz aufzuheben und den Angeklagten freizusprechen. Das Gericht folgte bei der Urteilsfällung dem Antrage. In der Begründung des Urteils erklärte das Gericht, es habe nicht die volle Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten gewinnen können, obwohl schwere Verdachtsgründe vorlägen. (?)

Landesschutzpolizei Kassel, die sofort die Ermittlungen aufgenommen hat, vermutet, daß der Sprengstoff von radikalen politischen Elementen von auswärts, die in Witzenhausen Helfershelfer hatten, entwendet worden ist.

## Die Katastrophe von Mont Cenis

Die Entstehungsursache ermittelt

WTB. Dortmund, 7. November.

Die hiesige Grubensicherheitskommission befaßte sich heute mit der Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion, die sich am 19. Oktober auf der Grube Mont Cenis ereignet hat. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, daß als Zündquelle eine nach der Explosion am Entstehungsort aufgefundene, durch Steinfallbeschädigte elektrische Mannschafstlampe angesehen werden muß. Im Anschluß an die Besprechung wurde die Frage erörtert, ob sich Mittel und Wege finden lassen, die elektrischen Grubenlampen, die bisher zu Bedenken keinerlei Anlaß gegeben haben, in Hinsicht auf ihre Sicherheit noch weiter zu verbessern.

## Wegen Schwarzbrennerei verurteilt

Das Schöffengericht Neuwied verurteilte den Kaufmann Max Salomon aus Köln wegen Steuerhinterziehung zu sechs Monaten Gefängnis und 206 131 Mark Geldstrafe, den Kraftwagenführer Helmut Pilleng zu zwei Monaten Gefängnis und 51 532 Mark Geldstrafe. Die drei Angeklagten hatten in Unkel a. Rh. im Juli 1930 eine „chemische Fabrik“ eröffnet. Die einzige Tätigkeit der Firma bestand jedoch darin, aus Spirituslack Brantwein zu gewinnen und diesen in Verkehr zu bringen. Salomon war erst wenige Wochen vor der Einrichtung der Schwarzbrennerei in Unkel von der Strafkammer in Köln wegen des gleichen Vergehens bestraft worden.

## Um 300 000 RM geschädigt

WTB. Siegen, 7. November

Die Sparkasse des Amtes Keppel ist durch die satzungswidrige Kreditgewährung ihres Rentanten um etwa 300 000 RM geschädigt worden, für die die kleinen Gemeinden des Amtes als Gewährträger mit ihrer Steuerkraft einzustehen haben. Der Rentant, der sofort seines Amtes enthoben worden ist, hat freiwillig auf seine Ansprüche auf Gehalt und Pension verzichtet. Die Kredite, die hauptsächlich an zwei Firmen gegeben worden sind, werden als verloren betrachtet.

## Ein neuer britischer Reichsrundfunk

Die britische Rundfunkgesellschaft gibt bekannt, daß die seit längerer Zeit erörterten Pläne zur Errichtung einer Kurzwellenstation für einen Reichsrundfunk unmittelbar zur Ausführung gelangen sollen. Die Station soll in Darenton errichtet werden. Die Gesellschaft beabsichtigt, von dort ein Programm für das ganze Reich zu verbreiten. Die ersten technischen Vorbereitungen werden sich u. a. auf die Wahl der geeignetsten Wellenlänge und Festlegung der Sendezeiten erstrecken.

## Der schmuckreiche Delegierte

Diebstahl im Savoy-Hotel

WTB. London, 6. November.

Einem Delegierten der Indienkonferenz am Runden Tisch, dem Maharadscha von Darbhanga, sind aus seinen Räumen im Savoy-Hotel Schmuckgegenstände im Werte von 10 Millionen Pfund Sterling gestohlen worden.

## Cholera-Epidemie in Rumänien

In Braila (Rumänien) ist eine Typhus- und Cholera-Epidemie ausgebrochen. Bisher wurden 124 Fälle gemeldet; mehrere Erkrankte sind bereits gestorben.

## Orkan über Venezuela

WTB. Port of Spain (Trinidad), 6. November.

Ein schwerer Orkan ist über die Petroleumstadt Maracaibo (West-Venezuela) dahingebraust und hat auf den Oelfeldern von Langunillas und Las Salinas großen Schaden angerichtet. Verschiedene Häuser sind dabei zerstört worden und der Verkehr eine Zeitlang stillgelegt, jedoch sind jetzt wieder normale Verhältnisse hergestellt. Todesopfer scheint die Sturmkatastrophe, soweit bisher bekanntgeworden ist, nicht gefordert zu haben.

## Neuer Ausbruch des Krakatau

Der Inselvulkan Krakatau, der in letzter Zeit ruhig war, ist erneut in Tätigkeit getreten. Es wurden Ausbrüche bis zu einer Höhe von 400 m festgestellt.

## Stammeskämpfe auf den Papuainseln

Der Gouverneur von Neu-Guinea teilte dem Premierminister des Australischen Bundes mit, daß es zwischen einzelnen Stämmen auf den Papuainseln zu einem Kampf gekommen sei, in dem 17 Eingeborene getötet worden seien.

## DER GAST

Von Anna Karawajewa

(Copyright by Malik-Verlag, Berlin.)

### 1. Fortsetzung.

Er grinste melancholisch: „Nix zu machen... bei uns, in Lewochina, nicht, da gibt's kein einziges Mädel, die was hat; die bringen dem Mann gar nix mit, die Säue, nicht? Mein Bruder, der ist älter wie ich... Da sagt er: fahr los auf Arbeit, ich bleib zu Hause mit dem Alten. So ist's gekommen, nicht? ...“

Tags darauf, in der Mittagspause, erzählte der Betriebsratsvorsitzende:

„Heute ist unser Wächter zu mir gekommen und klagte über Iwan Steligin. 'Ich schlafe ganz fest,' sagte er, 'plötzlich... bums, knallt es ans Fenster!' Der Alte ist erschrocken, springt auf, läuft ans Fenster. Auf der Straße ist noch kein Mensch, am Fenster aber steht ein Kerl und trommelt wie ein Verrückter. 'Wer bist du denn? Ich werde gleich die Miliz holen.' Der aber brüllt: 'Mach's Tor auf, ich bin arbeiten gekommen!' Um fünf Uhr früh ist der gekommen.“

„Ha... ha... der ist aber eifrig!“

„Der wird mit den Hühnern schlafen gegangen sein.“

„Ein komischer Kerl! Der macht alles, wie sie's im Dorfe gewohnt sind.“

Mit seinen dreckigen und ausgelatschten Bastschuhen und der schmutzigen Sackkleinwand seines Hemds stach Iwan Steligin selbstsam von den anderen Tischlern ab.

Sie waren fast alle vom Dorf, aber schon seit langem städtisch geworden, redeten flott, arbeiteten aber, so schien es ihm, ohne Lust, und waren faul. Ihm brannte der Hobel nur so in den Händen. Wütend spuckte er in die Handflächen, kniff seinen Mund mit dem dünnen Schnurrbart zusammen, führte den Hobel wie wahnhaft auf dem Brett hin und her und stieß an seine Nachbarn.

Die Tischler schimpften:

„Du willst uns wohl schwitzen lassen, was? Zappel da rum, wie ein Wahnsinniger, pfui Teufel! Bis er sich den Arm verrenkt.“

Er rechtfertigte sich düster:

„Zu Hause, da sind wir's so gewöhnt, nicht? ...“

„Jetzt mußt du dich anders gewöhnen, hier hast du mit vernünftigen Menschen zu arbeiten.“

Kolossow ging häufig mit Iwan zusammen. „Na, wie gefallt's dir hier? Kommst nicht mehr um vier Uhr früh?“

Der aber verstand keine Späße, schnaufte durch die Nase und seufzte beengt und bösarig:

„Das wollen hier auch Menschen sein! Was ist denn das für 'ne Arbeit? Bis Mittag pennen sie, dann stärken sie sich und frühstücken, dann schaut du dich bloß um, schon brüllt wieder die Sirene, kannst nach Hause gehen, nicht, Feierabend, Schluß... Pfui Deibel! Wir im Dorf, wir fangen an zu arbeiten, wenn's eben hell wird, und machen, bis es dunkel ist, nicht? ... Und hier... Was?“

Kolossow mühte sich den ganzen Weg mit ihm ab, er blieb aber hartnäckig und wurde anscheinend noch wütender:

„Faulpelze sind's hier alle, Nichtstuer, faule Hunde. Das ist hier nicht so wie bei uns im Dorfe, nicht... Den ganzen Tag sollst du mal 'rumrackern, da merkst du gar nicht wo du den Kopf hast, und wo die Beine... Hier aber, guten Morgen, da hast du's: acht Stunden!... Kannst hier Maulaffen feilhalten und mit den Pfoten 'rumfucheln, nicht? Bin ich denn dazu hergekommen, was? Ich hab eine Wirtschaft, einen Acker, meine Sorgen... Ich denke immer an meine Sachen, nicht? Ruhe hab ich keine, immer lauf ich rum, wie ein Gaul, immer rund um die Dreschtemne, da dreht sich einem der Kopf nicht?“

Kolossow hörte seine mißvergnügte Stimme und krächzte ärgerlich:

„Ach, ich seh's schon, dich erwürgt dieser Acker und die Wirtschaft... An der Gurgel packen sie dich direkt, als ob du gar keine anderen Gedanken hättest...“

Steligin zuckte in düsterer Verständnislosigkeit wie ein Bär mit seinen klafferbreiten Schultern:

„Was soll denn der Mensch sonst noch für Gedanken haben? Wovon wir leben, das kommt einem in den Kopf.“

Der Kreis seiner Sorgen war klein und eng, wie Lewochina selber, ein Dorf von vierzig Höfen, zwischen lauter Sümpfen. Der Fluß Lewocha hat viel Wasser und fließt langsam; im Frühjahr aber, bei Hochwasser, strudelt das Wasser und gebärdet sich so toll, daß die Lehmufur jeden Augenblick abzusacken drohen.

Am Fluß steht das Haus der Steligin. Der Fluß gluckert leise am halbverfaulten Landungssteg, wo die Weiber immer ihre Wäsche spülen. Auch Awdonka; einen riesigen Korb Wäsche hat sie gebracht; ihre Familie hat zehn Mäuler. Rasch steckt Awdonka sich die Röcke

auf und krepelt die Aermel hoch. Ihre Arme sind siegelrot und fest wie Holz. Auf dem breiten Rücken zappelt ein fettes Zöpfchen, und ihr runder Hintern wackelt. Das Wasser klatscht an ihre Füße, und die Tropfen glänzen und trocknen auf ihren dicken, verbrannten Waden. Sie hat große Füße, mit kurzen gespreizten Zehen. Sie prügelt die nasse Wäsche mit einer Birkenwalze (Iwan hat sie ihr zum Geschenk gemacht), die Bretter, die Hemden, die Hosen schnorpsen und quieken wie lebendig, und die raschen Schläge der klatschenden Walze widerhallen drüber im Walde. Wenn die Awdonka ihre Wäsche auswringt, dann zieht sie ihr dickbackiges Gesicht mit der Stupsnase zu einer runzligen Knolle zusammen, und ihre Brüste heben sich unter der Bluse wie zwei gute Brote, die eben aus dem Ofen kommen.

Awdonka spült die Wäsche wie spielend, dann geht sie nach Steligin's Haus. Die Mutter sitzt auf der Lehmbank und füttert die Hühner.

Awdonka schreit durchdringend und hoch:

„He, ist 'ne Nachricht da vom Iwan?“

Dann sagt die Mutter jedesmal:

„Warum denn? Der ist doch auf Arbeit.“

Awdonka geht vorüber, wackelt mit der Hüften und wirft hinter sich:

„Bis Philipp, da muß er fertig werden. Sonst kann was passieren, verstanden?“

Das muß man so verstehen: sonst könnte ein anderer die Awdonka freien, vorläufig aber sei sie noch bereit, auf ihn, den Iwan, zu warten. Er hatte ihr Stiefel mit Gummizügen versprochen und ein Kleid. „Das soll wie Himbeeren sein, so 'ne Farbe“, hatte die Awdonka gesagt.

(Fortsetzung folgt)

# Wirtschaft und Arbeit

## Revolte der Rentner

„Ehrbare Kaufmannsmoral ist heute wichtiger als alles andere“ — es ist Professor M. J. Bonn, der bekannte scharfe Kritiker des deutschen Nachkriegskapitalismus, der dieses Gebot der Stunde Anfang Oktober im Berliner Tageblatt aufgestellt hat. Es ist kaum möglich, den tiefen Seufzer zu überhören, mit dem Bonn seine Forderung begleitete. Mußte er doch im Einklang seiner Abhandlung feststellen: „Wir stehen heute einer weit verbreiteten Revolte der Rentiers gegenüber, die durch Inflation, Mißerfolge, schlechte Behandlung und betrügerische Maßnahmen so erschreckt sind, daß sie ihr Geld zurückziehen und es lieber in den Strickstrumpf stecken, als es Banken, Industrien und Regierungen zu überlassen.“ Professor Bonn deutete hiermit auf die empfindlichste Stelle des ganzen kapitalistischen Systems. Dieses bedarf zu seiner Existenz des bedingungslosen und unerschütterlichen Vertrauens aller kleinen und großen Sparer. Es ist ja nicht so, wie primitives Denken sich den heutigen Kapitalismus vorstellt, daß der Besitz an dem Produktionsapparat sich nur auf einige Dutzend Familien verteile. Das gilt nur von dem Kommando über das Kapital. Der Kreis der besitzmäßig Beteiligten ist vielmehr nach wie vor unübersehbar weit und in Wirklichkeit ist es die Masse der kleinen Ersparnisse, deren Zusammenfügung erst die Entstehung großer und größter Unternehmungen ermöglicht hat.

Im wesentlichen war diese Zusammenfügung das Werk der Banken. Gleich einer riesigen Pumpstation mit ungezählten Zweigen stellen haben sie die ehemals in Strickstrumpf und Truhe aufbewahrten Beträge aufgesaugt und diese in die Wirtschaft hineingepreßt, wobei sie sich verlockendster Zins- und Rentenversprechungen bedienten. Solange sie ihre Versprechungen einzuhalten vermochten, funktionierte auch dieses Saugsystem. Die Sparer brachten ihre Gelder willig und gern zur Bank, in der Gewißheit, daß diese für die bestmögliche Verwertung und Verwaltung sorgen werde. Krisenzeiten schwören dagegen immer die Gefahr herauf, daß die Sparer mißtrauisch werden. Sie erleben mit Schrecken, wie die Aktienkurse der Unternehmungen in die Tiefe gleiten, und werden sie dann gar noch von Pleiten bisher als solid bekannt stehender Firmen überrascht, dann setzt in der Regel der Sturm auf die Banken ein und fordern die Sparer ihre Guthaben in hellen Scharen zurück, womit sich über Nacht zu der Krise der Produktion die weit gefährdetere

### Krise des Kredits

gesellt. Das ist das Stadium, in dem die Krise sich heute allüberall befindet. In allen Ländern ergreifen die Sparer mit ihren Guthaben die Flucht und rauben die kapitalistische Maschinerie des für ihre Inganghaltung unentbehrlichen Betriebsstoffes. Das macht es auch erklärlich, warum in dieser Zeit der Schrei nach Wiederherstellung des Vertrauens besonders laut ertönt und warum sogar Staatsmänner sich zu gegenseitigen Besuchen bequemen, die eine derartige Zumutung noch vor einem Jahr als verrückt abgewiesen hätten. Der Öffentlichkeit soll bekundet werden, daß in dieser Welt nicht nur der Friede eine sichere Heimstatt habe, sondern daß auch kein Land im Kampf gegen die Krise isoliert stehe.

Auf das gleiche Ziel sind nun die Maßnahmen ausgerichtet, die in den einzelnen Ländern selbst ergriffen werden. Abbau der Löhne, Abbau der Soziallasten und Abbau der Steuern sollen dem Kapitalistenpublikum neuen Mut einflößen, da sie eine Wiederherstellung der bedrohten Rentabilität versprechen. Desgleichen wird nichts unterlassen, um den Bankgläubigern alle sonstigen seelischen Erschütterungen zu ersparen. Die Unternehmungen haben die Pflicht, mit möglichst günstigen Bilanzern aufzuwarten, wie überhaupt der Pessimismus nur die Begleitmusik zu guten kapitalistischen Zeiten bildet und in Krisen verstimmt ist. Es gilt, den Kapitalisten bei guter Stimmung zu halten und in dieser Hinsicht fallen namentlich den Regierungen wichtige Aufgaben zu. Von den Staatsmännern wird erwartet, daß sie sich als unbedingt zuverlässige Stützen des kapitalistischen Systems erweisen und wo dies nicht einwandfrei der Fall ist, wird — wie kürzlich erst wieder in England — für entsprechende Auswechslung der Personen gesorgt.

### Krise und politische Reaktion

marschieren stets zusammen. Das ist der Hintergrund, von dem allein aus die Politik Brüning zu verstehen ist. Brüning ist der Arzt, den der deutsche Kapitalismus an das Krankenlager gerufen hat und an welcher liegt es ihm, alle Wunden,

die am Körper des Patienten aufbrechen, unverzüglich zu verbinden. Die Verbandskiste, aus der er das notwendige Material zaubert, ist der Artikel 48, die Verbände selbst sind die Notverordnungen. Mit diesem Rüstzeug ist Brüning instandgesetzt, jeweils sofort entsprechend den auftretenden Notwendigkeiten ohne Rücksicht auf die parlamentarische Konstellation zu handeln und jeden etwa auftretenden Brand unverzüglich im Keime zu löschen. Das System hat sich auch — vom Standpunkt des Patienten — durchaus bewährt. Einen kleinen Radbruch mit großen Folgen erlebt es nur in der historischen Nacht vom 12. zum 13. Juli dieses Jahres, als man die Danatbank die Schalter schließen ließ; doch war dies weniger die Schuld Brüning's, als eines anderen großen, mit der Danatbank in heftiger Konkurrenz liegenden Finanzinstituts. Die Regierung selbst versagte nicht in ihrer bewährten Großzügigkeit; ermächtigte sie damals doch die Danatbank, zugleich mit der Bekanntgabe ihres Schalterschlusses zu erklären, daß das Reich die Bürgschaft für alle Einlagen übernehme, so daß darum niemand in Sorge zu geraten brauchte.

Es ist bisher nicht bekannt geworden, welche finanzielle Last dem Reich allein mit dieser einzigen Hilfsleistung erwachsen dürfte. Sicher geht sie in einen vielfachen Hundertmillionenbetrag. Der eigentliche Zweck,

### die Beruhigung der Sparer,

wurde aber, wie der weitere Ablauf der Ereignisse lehrte, nicht erreicht. Das einmal geweckte Mißtrauen fraß weiter und schon wenige Stunden später knisterte es auch im Gebälk der anderen Großbanken, so daß auch hier kostspielige Stützpfiler eingebaut werden mußten.

Bezeichnenderweise war Brüning im Reichstag gerade über diese Seite seiner Tätigkeit recht wortkarg. Einige dunkle Andeutungen über die in der Privatwirtschaft angetroffenen Mißstände, sowie das entschöpfte Geständnis, daß „wir den Umfang unserer Hilfe für einzelne wirtschaftliche Unternehmungen sehr viel weiter ausdehnen mußten als uns lieb war und als öffentlich bekannt ist.“ war alles, was der Kanzler von sich gab. Offenbar wollte er verhüten, daß das Kapitalistenpublikum durch

eine nähere Beschreibung der Abgründe, die sich aus Anlaß der Bankenkrise vor seinen Blicken aufgetan hatten, aufs neue erschreckt werde. Doch so löblich dieses Beginnen vom Standpunkt der Privatwirtschaft auch sein mochte — dunkle Andeutungen sind heute schlimmer als grausamste Wahrheiten. Diese lassen wenigstens den ersten Willen zur Bereinigung der Mißstände erhoffen, während jene dem Mißtrauen und dem Argwohn nur neue Nahrung geben. Vor allem aber: nur eine gründliche Operation und ein feiner Schritt vermag aufzuhalten, daß die Fäulnis weiter um sich greift, wie ohne sie alle Lösungsversuche, die das Reich auf Kosten der Steuerzahler unternimmt, zur völligen Zwecklosigkeit verurteilt sind.

Das hat sich soeben in diesen Wochen wieder bestätigt. Nachdem es dank der großzügigen Zuwendungen des Reichs an Großbanken und mittels dieser an Großkonzerne gelungen schien, der ausgebrochenen Kreditkrise wenigstens die akuteste Schärfe zu nehmen, ist jetzt durch die Vorgänge im

### Schultheiß-Patzenhofer-Konzern

der Anstoß zu einer neuen gewaltigen Erschütterung des Vertrauens gegeben worden. Sind die Ziffern über die diesem Konzern durch die Transaktionen Katzenellenbogens bisher bekannt geworden, richtig, dann steht dieser neueste Industriekandal hinsichtlich der materiellen Größe weit hinter den Skandalen Favag und Nordwalle zurück. Gleichwohl stellt die von ihm ausgehende Beruhigung aller bisherigen Erscheinungen der gleichen Art in den Schatten. Und das hat seine guten Gründe. Denn konnte man sich in den Fällen Favag, Nordwalle und dergleichen allenfalls noch damit trösten, daß es sich hier um grobe Verfehlungen einzelner Personen handle, so zieht der Schultheiß-Skandal ungleich weitergehende Kreise. Einmal kehren in ihm all die Auswüchse wieder, die schon das System der Industrierverschachtelung bei den bisherigen Skandalen geoffenbart hat, und zum anderen zeigt er zum ersten Male mit erschreckender Klarheit, daß die Banken bewußt Hilfsleistung bei den von

Katzenellenbogen betriebenen Schwindeleien geleistet haben.

Das ist dann auch die Seite, die den Fall Schultheiß über alles in dieser skandalreichen Zeit bisher Erlebte weit heraushebt und diesem seine eigentliche Bedeutung verleiht. Wohl fiel schon bei den bisherigen Skandalen auf die Banken kein sehr günstiges Licht, aber über den Vorwurf einer verantwortungslosen

### Lässigkeit und Unbekümmertheit

gelang man bisher nicht hinaus. Noch immer galten deren Direktoren mehr als die Opfer denn als die Mitschuldigen nachgewiesener Verfehlungen. Diese Legende ist jetzt endgültig zerstört. Schon heute ist erwiesen, daß Katzenellenbogen sein Schieberhandwerk längst hätte aufgeben müssen, wenn die Banken von ihm abgerückt wären, und nicht selber die Hand zu objektiven Fälschungen bzw. Verdunkelungen geliehen hätten. Somit im Grunde genommen doch auch nur wieder Verfehlungen von einzelnen Personen? Es ist schon schlimm genug, daß Schieber vom Schlage Katzenellenbogens überhaupt den Zutritt zu Banken finden, die doch mehr als jedes andere private Unternehmen auf Solidität achten müssen. Katzenellenbogen fand bei den großen Finanzinstituten indessen nicht nur einen Komplizen, sondern er war der bedingungslosen Freundschaft fast aller Bankdirektoren sicher. Es gibt in Deutschland wohl keine Finanzgröße, die sich nicht gern vor der Sonne dieses erfolgreichsten Hochstaplers des Kapitalismus der Nachkriegszeit bescheiden ließ und an dessen Erfolgen partizipieren wollte.

Wie dies zu erklären ist? Die Frage führt unmittelbar an den Kern der Dinge: in den deutschen Großbanken herrscht seit der Inflation die Großmannssucht. Jede von ihnen hatte den Ehrgeiz, am Jahresende mit den imponierendsten Ziffern aufwarten zu können.

### Ein gegenseitiger Krieg

setzte ein, der jeden Blick für Gefahren trübte. Unternehmungen wurden — oft gegen ihren Willen und ohne nach der Zweckmäßigkeit zu fragen — zu riesigen Konzernen zusammengeschweißt, über die dann die Generaldirektoren der Banken das Szepter schwangen. Die finanziellen Ergebnisse waren zwar in den meisten Fällen fatal, aber nun wurde die Erhaltung dieser monströsen Gebilde zu einer Prestigefrage, und lieber verzichtete man auf kleine, aber sichere und gewinnreiche Geschäfte, als daß die Hand von den Konzernen abgezogen wurde. In den Zeiten der Konjunktur bewegten sich diese Konzernverbindungen noch in aussichtsvollen Bahnen. Dank ihrer

### Versteifung durch Kartellabmachungen,

wofür wieder eine entsprechende Zollpolitik die notwendige Voraussetzung lieferte, gelang es den Unternehmungen, wirksame Preisdiktate zu errichten und aus den so erzielten Ueberpreisen beträchtliche Renten herauszuquetschen. Mit dem Abzug der Konjunktur begann sich auch dieses Bild gründlich zu wandeln. Zwar blieben die Preisdiktate bestehen, aber der Umsatz auf dem kartellgeschützten Markt schrumpfte mit jedem Tage immer mehr ein, und mit dem Auslandsmarkt winkten Erlöse, die nicht einmal die infolge der Ueberkapitalisierung ins Gigantische aufgeblähten Selbstkosten deckten.

Man kann es sich leicht vorstellen, daß es ob dieser Entwicklung in den Direktionsstuben der Großbanken bald

### überall lange Gesichter

gab. Wäre Mut dort so häufig wie Herrschsucht und Anmaßung, dann bot sich den Herren nur ein Weg: sie mußten schleunigst abbrechen, was sie im Schweiße ihres Angesichts und mit ungezählten Millionen der Sparer und Einleger aufgebaut hatten und die Konzerne ihrem vorbestimmten und unabwendbar gewordenen Schicksal überlassen. Das bedeutete natürlich die Kapitulation und die eigene Pleite; aber nur so war es möglich, ein Weitergreifen der Krise zu verhindern. Es fand sich indessen keiner, der sich an die Brust schlug und diese Konsequenzen zog. Statt dessen begann man über die Löhne, die Gehälter, die sozialen Leistungen, die Steuern, die Reparationen, die Tarifverträge, die öffentliche Hand und dergleichen zu wettern und mobilisierte die Regierung zu einem

### Kreuzzug gegen das eigene Volk.

### Helft mit!

Genossen! Helft mit am Aufbau der S. A. P. Unterstützt unsere Arbeit durch pünktliche Zahlungen.

## Sterbende Wirtschaft

Die Stilllegungen und der Lohnabbau geht lustig weiter. Die gesamte Belegschaft der Lerbacher Hütte, ein fiskalisches Werk, von 114 Mann und 11 Angestellten ist gekündigt. Die Portland-Cementfabrik „Teutonia“ in Misburg bei Hannover wird stillgelegt, auch die anderen der Norddeutschen Cement-Interessen-Gesellschaft angeschlossenen Werke sollen ebenfalls stillgelegt werden. Die Mechanische Weberei in Hannover-Linden ist ebenfalls vollständig stillgelegt. Bis zum 1. Oktober waren noch 120 Arbeiter beschäftigt, gegenüber 400 sonst. Die Grube Eschweiler Zug hat für Anfang November die vollständige Stilllegung beantragt, sie gehört zum Hoesch-Konzern und beschäftigte etwa 700 Arbeiter. Auch der Stahlwerks-Verein will seine Siegerländer Erzbergwerke in Kürze einstellen. Die Howaldts-Werke in Kiel haben den Arbeiterstand weiter eingeschränkt, zur Zeit werden noch einige hundert Arbeiter beschäftigt; es ist aber zweifelhaft, ob diese in Zukunft gehalten werden können. Die Gubener Hutfabriken sind zur Zeit noch voll beschäftigt, haben aber vorsorglich die Stilllegung beantragt. Durch die Einstellung des Brennofenbetriebs der Breitenburger Portland-Cement-Fabriken A. G. in Hamburg werden wieder einige hundert Arbeiter brotlos. Es ist Stilllegung beantragt. Die Gladbacher Tuchfabrik Gebr. Aschaffenburg hat Stilllegung beantragt und den größten Teil der Belegschaft gekündigt. Zum 1. November kommen die Röhrenwalzwerke des Stahlvereins in Bochum und Dinslaken zur Stilllegung, etwa 450 Arbeiter und Angestellte werden brotlos. Alle Waldarbeiter in der Gemeinde Buntentock, die nur in den fiskalischen Wäldern des Oberharzes beschäftigt werden, sind gekündigt. Die Not auf dem Oberharz steigt immer mehr, nachdem schon die dortigen Erzgruben stillgelegt sind, herrscht in den sieben Bergstädten und den kleinen Dörfern des Oberharzes die größte Not, die dort schon seit langem heimisch ist. Der Oberharz war seit jeher eine arme Gegend.

Einige Werke teilen mit, daß sich die Beschäftigung gehoben hat. Die Kammgarnspinnerei Schelewitz A. G. in Silberstraße bei Wiesenburg, welche etwa 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, arbeitet wieder voll, teilweise in Doppelschichten. Aber wie lange wird das dauern?

Die Kammgarnspinnerei Stöhr A. G. in Leipzig kann ebenfalls wieder voll arbeiten. Das Lüneburger Eisenwerk A. G. befindet sich im Konkurs, der Magistrat Lüneburg hat die Zwangsverwaltung übernommen und einen Betriebskostenvorschuß geleistet, dadurch ist es möglich geworden, wieder etwa 300 Mann zu beschäftigen.

Dabei gibt es aber immer noch Werke, die eine gute Dividende verteilen. Die Gewerkschaft Langenbrahm in Essen gibt für das 3. Vierteljahr 100 Mark Ausbeute auf den Kux. Für 1929 wurden 1200 Mark für den Kux bezahlt. Die Münchener Export-Malzfabrik A. G. verteilt 5%, die Sächsische Malzfabrik A. G. in Dresden 8% und die Dommitzcher Tonwerke A. G. 12% Dividende. Der Eschweiler Bergwerksverein in Kohlscheid bei Aachen zahlt 14%, die Mühle Rünigen bei Braunschweig 10% und das Warenhaus W. Jacobsen A. G. in Kiel 6% Dividende, die Gladbacher Wollindustrie A. G. vorm. Josten 11% auf 4000 000 Mark Aktienkapital.

### Der tägliche Lohnabbau

In dem Lohnstreit im rheinisch-westfälischen Ziegelselgewerbe wurde unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters für Westfalen ein Schiedsspruch gefällt, in dem es heißt: Der bisherige Lohn-tarif wird mit Wirkung vom 1. November 1931 in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die Löhne des zuletzt gültigen Vertrages um 7 Prozent gesenkt werden.

Für die Frankfurter Metallindustrie wurde vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt, der den Spitzenlohn von 82 auf 79 Pfg. senkt und die Akkordbasis für Arbeiter über 20 Jahre auf 71 Pfg. für Arbeiter unter 20 Jahren auf 60 Pfennig festlegt. Die Neuregelung tritt vom 1. November ab in Kraft.

Im Lohnstreit der Aachener Metallindustrie fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch. Hiernach werden mit Wirkung vom 1. November 1931 ab die Spitzenstundenlöhne des gelernten Arbeiters über 22 Jahre von 77 auf 72 Pfg. gesenkt. Das Abkommen kann erstmalig zum 31. Dezember 1932 gekündigt werden. Ueber Annahme oder Ablehnung haben sich die Parteien bis zum 11. November zu erklären.

## Demokratie und Diktatur

Auf dieser Seite hat der Leser das Wort. Die Redaktion, die größten Wert auf die Mitarbeit der Leser legt, wird entsprechend den Raumverhältnissen jede Woche diese Seite zu einer wirklichen Tribüne der freien Meinungsäußerung werden lassen. Die Redaktion übernimmt für den Inhalt dieser Beiträge und Briefe nur die prägesetzliche Verantwortung.

### Ein Diskussionsbeitrag

von Hermann Scheler-Titus.

Die Spaltung der SPD fällt in eine Zeit, in der sich auf Grund der durch die Krise gewaltig gesteigerten Widersprüche im Kapitalismus, die völlige monopolkapitalistische Diktatur, eine Militärdiktatur, vorbereitet. Die letzten politischen Ereignisse lassen erkennen, daß der Arbeiterklasse vom Halbfaschismus der Brüning-Groener bis zu einer vollständig faschistischen Regierung der „nationalen Opposition“ und der dahinterstehenden Wirtschaftskreise nur eine kurze Galgenfrist gesetzt ist. In einer solchen Situation ist es Aufgabe der Arbeiterklasse, keine Zeit zu verlieren, sondern zur aktiven Politik überzugehen. Dem steht eines hemmend im Wege, das ist Unsicherheit und Unklarheit über die Notwendigkeiten und über die Richtung des proletarischen Klassenkampfes.

Eine solche Unsicherheit aber kommt zweifellos im provisorischen Programm der Partei zum Ausdruck, dort wo von den Möglichkeiten einer proletarischen Diktatur gesprochen wird. Nur die Möglichkeit der proletarischen Diktatur und nicht ihre Notwendigkeit und Unumgänglichkeit anerkennen heißt neue Illusionen erwecken und damit neue Enttäuschungen und Niederlagen in die Arbeiterschaft hineintragen.

Im Programm heißt es: „Gelingt es, die Macht auf demokratischem Wege zu erlangen, weil sie (die Arbeiterklasse) wehrhaft und stark genug war, jede Gegenrevolution zu verhindern, so wird sie die Macht demokratisch ausüben...“ Das sind gesetzte Möglichkeiten, die nur auf einer utopischen Welt eintreten können aber nicht im monopolkapitalistischen Deutschland und der vom fortgeschrittenen Kapitalismus erfaßten Welt. Es heißt einfach die wirkliche Lage verkennen, wenn man auch nur noch mit 1 Prozent Wahrscheinlichkeit an die Möglichkeit einer demokratischen Macht ergreifung glaubt, und das in einer Zeit, da der Kapitalismus, durch die ungeheure Krise bedroht, alle Machtmittel des Staates in fester Hand hält, sich eine faschistische Knüppelgarde geschaffen und bereits den Parlamentarismus schach matt gesetzt hat. Aber sehen wir einmal davon ab und nehmen wir einmal für einen Augenblick an, der Parlamentarismus funktioniere noch, was ja Voraussetzung für die demokratische Macht ergreifung wäre. Die Arbeiterpartei müßte also im Parlament die Mehrheit der Sitze erhalten, heißt das aber schon Machtergreifung? Nein, die Macht läge immer noch in den Händen derer, die über dem Staatsapparat, über Militär und Polizei und über die Wirtschaft verfügen. Um diese reale

Macht aber zu brechen genügt nicht ein parlamentarischer Erlaß, dazu wäre der außerparlamentarische Machtkampf, der nicht mit Stimmzetteln und demokratischen Mitteln geführt wird unvermeidlich. Denn wer glaubt daran, daß sich die Bourgeoisie den Beschlüssen eines Arbeiterparlamentes freiwillig fügen würde? Man könne sie mit der staatl. Macht dazu zwingen, die Beschlüsse anzuerkennen? Nein, dieser Staatsapparat ist in den Händen der Arbeiterschaft untauglich, er funktioniert nur im Interesse der kapitalistischen Gesellschaft. Ganz abgesehen davon, daß es eine Illusion ist, an die demokratische Fortentwicklung zu denken, würden wir also die wirkliche Macht und nicht nur den Schein der Macht gegen, den mehr oder weniger großen außerparlamentarischen Widerstand der Kapitalistenklasse erringen müssen. Aber ein noch größerer verhängnisvoller Irrtum ist es, zu glauben, man könne diese Macht demokratisch ausüben. Dem Gegner die Macht entwinden heißt seine Militär- und Polizeigewalt zerschlagen, heißt den Staatsapparat zerschlagen und an die Stelle dessen die Volksbewaffnung und die Organe der Arbeiterklasse setzen, das sind die Räte. Die Arbeiterklasse muß sich für die Zeit des sozialistischen Umbaus als herrschende Klasse organisieren, wozu sie aber ihre spezifischen Herrschaftsorgane schaffen muß in Form der Räte, denn sie kann den neuen Inhalt des Staates nicht einfach in die alte Form pressen.

Aussprechen was ist, die Realitäten sehen wie sie sind, das ist das erste was eine revolutionäre Partei tun muß. Hier darf die programmatische Klarheit einer Partei auch nicht darunter leiden, daß man durch dehnbare Formulierungen nach Möglichkeit niemand abstoßen will. Wir müssen die Dinge beim richtigen Namen nennen, nur dann werden wir auf die Dauer die Arbeiterklasse hinter uns sammeln. Heute gibt es kein zurück zum Parlamentarismus mehr, er ist schon längst nicht mehr die geeignete Regierungsform für den Monopolkapitalismus. Umso mehr muß die Arbeiterklasse nach vorwärts stoßen, sie kann und darf nichts halten wollen, was überlebt hinabsinkt, sie muß sich für die proletarische Diktatur entscheiden. Hat die SAP dies erkannt, dann ergibt sich für sie auch die Notwendigkeit wirklicher revolutionärer Taktik. Ueber Bord mit opportunistischen Tageslosungen. Wir müssen der Arbeiterklasse die Illusionen auf Flickwerk am Kapitalismus nehmen, wir müssen ihr klar machen, daß man nur dann Forderungen der Arbeiterklasse, die das System selbst angreifen, erfüllen kann, wenn das Proletariat die Macht ergriffen hat. Daher gilt es das Bewußtsein der Arbeiterklasse zu klären durch unermüdete revolutionäre Propagandearbeit. Solche Politik heißt den Sozialismus auf die Tagesordnung setzen. Da bleibt nichts mehr übrig vom parlamentarischen Kuhhandel um Augenblicke, „erfolge“, sondern da wird die Arbeiterschaft lernen im zähen, opferreichen Klassenkampf die Voraussetzungen für die erfolgreiche proletarische Revolution zu schaffen, die allein zum Siege führen wird.

## Proletarische Diktatur?

von Hans Lemmer

Bei der programmatischen Festlegung der Partei nimmt die Frage der Demokratie und der Diktatur eine Hauptstelle, wenn nicht die ausschlaggebende Rolle ein. Nur-Demokratie steht gegen Nur-Diktatur. Oder Demokratie wird mit der Diktatur beliebig nach Bedarf ausgewechselt. Aber der Zweck der sozialistischen Bewegung ist zweifellos weder die Regierungsmethode der Demokratie noch der Diktatur, sondern die Revolution, und es kommt daher darauf an, ob die „Demokratie“ revolutionär oder konservativ wirkt oder nicht, ob die Diktatur ein notwendiges oder nicht-entwendiges Uebel ist.

Die „Arbeiterpolitik“ hat dieser Tage in besonders gehässiger Weise gegen den verdienten Revolutionär Ledebour Stellung genommen, weil er in diesen Spalten angeblich für Parlamentarismus und Demokratie eingetreten sei. Aber hat Ledebour an den Reichstag Löbes dabei gedacht? Hat er an die Demokratie der Republik Hindenburg-Brüning-Groener gedacht? Oder hat er nicht gerade an das gedacht, was wir nicht haben und seit dem Januar 1918, als Noske die Revolution besiegte, nicht mehr gehabt haben: eine wirkliche Demokratie und einen wirklichen Parlamentarismus!

Als Lassalle das allgemeine Wahlrecht und die Demokratie verlangte, da sagte er im Kreise der Vertrauten: Wenn ich allgemeines Wahlrecht sage, so meine ich die Revolution. Auch wir können heute sagen: Wenn wir die Demokratie verlangen, so meinen wir die Revolution, so wissen wir, daß die Bourgeoisie, die demokratisch nicht mehr existieren kann, in der Demokratie eine revolutionäre Forderung erblicken und sich gegen ihre Erfüllung mit allen Mitteln zur Wehr setzen wird. Es gibt Zeiten und soziale Bedingungen, unter denen die demokratische Regierungsweise eine revolutionäre Funktion hat, und es gibt Zeiten und soziale Bedingungen, unter denen sie absolut konterrevolutionär wirkt.

Im Rußland der Bauern ist die Demokratie für lange Jahre eine Unmöglichkeit gewesen, weil die Bauern in der Demokratie die proletarische Revolution nach Abschluß der bürgerlichen Agrarrevolution allein durch ihr Zahlengewicht erdrückt hätten. Man könnte sich als Gegenpol ein Land denken, in dem die Konzentration des Kapitals soweit fortgeschritten ist, daß tatsächlich einer kleinen Zahl von Kapital-

magnaten die große Mehrheit eines in langer revolutionärer Geschichte klassenbewußten und kampfwilligen Proletariats gegenüberstände. In einem solchen Land wäre Demokratie tatsächlich die proletarische Diktatur, die Verwirklichung der Demokratie wäre die Revolution.

Ein solches Land gibt es nicht und wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Hier haben sich zweifellos Marx und Engels im Tempo geirrt, da sie der kapitalistischen Entwicklungsperspektive unterlegten. Die Ideologien der Vergangenheit, gestützt und gefördert durch die Kapitalmacht der herrschenden Klasse, hat eine viel größere Beharrungsfähigkeit gezeigt, als man glaubte annehmen zu dürfen. Und man braucht nur an das hochindustrielle Deutschland mit seinen christlichen und nazistischen Arbeitern, Angestellten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden zu denken, um zu sehen, wie unter solchen sozialen Bedingungen die Demokratie eine ganz andere Funktion hat, die sich stärker ihrer Funktion in Rußland anschließt. Die Demokratie hätte auf die Dauer nicht den Prozeß der Herausbildung der proletarischen Klassenherrschaft bannen können, aber die Bourgeoisie ist stark genug, um diesen Prozeß zu unterbrechen und abzufangen. Die Schlußfolgerung aus dieser Sachlage kann nicht die sein, daß das Proletariat gegen Demokratie sein muß. Die Schlußfolgerung muß sein, daß die Erhaltung der Demokratie eine revolutionäre Aufgabe ist, die zu lösen bisher (seit 1918) dem deutschen Proletariat nicht gelang.

Freilich bleibt die Frage dabei offen, ob und wie weit die Demokratie der Mehrheit des Volkes, die proletarisch ist, die in der Demokratie also gerade ihre Klassenherrschaft ausübt, tatsächlich innerhalb des kapitalistischen Systems in absehbarer Zeit erobert werden kann. Brauchte die russische Revolution als Gewicht am kürzeren (proletarischen) Arm der Klassenordnung das Räteystem, das die industrieproletarische Minderheit wirksamer macht, als ihr der Zahl ihrer Mitglieder nach zukommt, so kann auch die Revolution in Deutschland nicht einfach auf solche künstliche Verlagerungen verzichten. Nur ist in Deutschland das Problem nicht so sehr das der Vorherrschaft des Proletariats gegenüber der Bauernklasse, die abgesonderte Interessen vertritt, als das der Bewußtseinsklärung und Vorbereitung der revolutionären Bereitschaft.

### Wie war es in der SPD?

„Es ist, als ob ich von einer schweren Last befreit worden wäre.“ So hörte man die Genossen sprechen, nachdem von unseren Ausschüssen der Ruf zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei ergangen war. Und für alle diejenigen war es eine befreiende Tat, die jahrelang in den Reihen der SPD immer wieder darum gekämpft hatten, eine reine sozialistische Grundlage zu schaffen.

Nicht vergebens waren diese Kämpfe gewesen, davon zeugt die Begeisterung, mit der sich die Genossen um das neu aufgerichtete rote Banner der SAP scharten. Die Idee des Sozialismus ist nicht tot, sie lebt! Das las man von den Gesichtern, die sich in den Gründungsversammlungen der verflochtenen Wochen zeigten, das hörte man aus den Worten, die da gesprochen wurden. Wie ganz anders war das alles als das, was man von den Versammlungen der SPD seit langem gewohnt war! Es war kein Feilschen mit ausgefitteten Redensarten, kein vorsichtiges Hin- und Herlavieren, „um es den anderen beizubringen“. Klar und eindeutig hieß die Parole: So geht es nicht mehr, laßt uns die Reihen schließen, damit wir die Kraft erhalten, um das Ziel zu erreichen, das uns vor-schwebt, den Sozialismus!

„Es ist wieder eine Lust zu arbeiten!“ sagen die Genossen. Keiner von uns braucht mehr zu fürchten, daß er, wenn er an die Grundsätze sozialistischer Weltanschauung mahnt, höhnisch beiseite gedrückt und mit schulmeisterlicher Art zurechtgewiesen wird: Davon versteht du nichts! Selbstverständlich werden auch bei uns Meinungsverschiedenheiten kommen, sie müssen kommen. Wie sagte doch Hegel schon: Was überhaupt die Welt bewegt, ist der Widerspruch! Nur darf der Widerspruch nicht in Gelässigkeit, in Unduldsamkeit, in Vernichtung des anderen ausarten. Dann bringt er nicht Leben, dann tötet er eine Bewegung. Das haben wir in der SPD tagtäglich erleben können. Wer durfte denn außer den sogenannten Führern noch eine freie Meinung haben! Ja, die freie Meinungsäußerung wurde noch allenfalls gelitten, solange sie nicht Aussicht hatte, die Massen der Mitgliedschaft zu gewinnen. Aber der Widerspruch, dem es gelingen konnte, eine andere Ansicht als die der hochhersten Parteileitung zu verbreiten, wurde als Rebellion, als Spaltung gebrandmarkt. Und wenn es dennoch dazu kam, rasselte es Ausschlußanträge. Dadurch gerade geriet das Parteileben mehr und mehr in Dämmerzustand, es wurde zur Schablone, und Schablone ist geistlos, ist leblos, ist der Tod. Mitgliederversammlungen gab es nur noch in unregelmäßigen Abständen, und wenn sie stattfanden, herrschte gähnende Leere, die Mehrzahl der Genossen stumfte ab, sie zog sich resignierend zurück: Wir können doch nichts ändern. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß eine Bewegung, die eine Million zählte, so kampfunfähig, so tatlos wurde.

Noch stehen viele Zweifler abseits von uns. Noch haben sich viele, die dasselbe bewegt,

wie uns, nicht dazu entschließen können, aus der SPD den Uebertritt zu vollziehen. Ja, es fiel auch uns schwer, den Schritt zu tun! Aber keiner darf sich von Gewohnheiten leiten lassen! Wir wissen, wie tausende zum Verbleib verurteilt sind, weil materielle Gebundenheit ihnen Fesseln auferlegt. Andere sagen: Wird es bei euch nicht genau so kommen, sobald ihr größer geworden seid; werden bei euch dann nicht auch die Führer alles, die Mitglieder nichts mehr gelten? Nun, wir haben einen Schutzwall, der uns davor bewahrt, das ist unser Organisationsstatut. Und unsere Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß es lebt, daß es erhalten bleibt. Wir können es ändern, aber jede Aenderung muß eine Besserung, ein Fortschritt sein.

Vielleicht mag es manchem von uns zunächst Mühe kosten, sich darin einzuleben, einzuordnen. Auch die Freiheit fruchtbringend auszuwerten, muß verstanden sein! Vielleicht mögen manche Bestimmungen in der ersten Zeit von uns übersteigert werden, mag die Freiheit, die uns die Partei gibt, in uferlose Diskussionen abgleiten, und manchmal ein buntes Durcheinander dadurch entstehen. Da hilft nur eins: Uns selbst erziehen, uns immer wieder bei unseren Handlungen die Frage vorlegen: Ist das richtig, ist das demokratisch, läßt sich das mit unseren obersten Grundsätzen der sozialistischen Weltanschauung vereinbaren? Nur wenn wir selbst wahrhaft demokratisch, wahrhaft sozialistisch sind, kann unsere Partei das werden, was wir von ihr erstreben, die Einheitsfront des Proletariats. C. Di.

### Versteckte Fonds

Neben den großen Summen, die den Kirchen aus staatlichen Mitteln zufließen, spielen die Zuschüsse der Kommunen eine nicht unbedeutende Rolle.

Ein Musterbeispiel liefern die Etats des „roten“ Berlin. Im Kapitel „Aufwendungen für Vereine auf dem Gebiete der Wohlfahrt“ sind im zentralen Haushalt 1 168 070 M. für kirchlich und christlich orientierte Organisationen eingesetzt (Gemeinnütziger Ver. Rechtsauskunft (christlich) 45 000 M.; Bahnhofsmission 25 000 M.; Evangelischer Verband für Kinderpflege 263 040 M.; Verein Mädchenhort zu Berlin 62 980 M. usw.); aus den Etats der einzelnen Stadtbezirke kommen noch weitere 677 000 M. hinzu.

Unter „Unterstützungswesen“ werden an kirchliche Einrichtungen (Krankenhäuser, Pflegeanstalten, Wohlfahrtsküchen usw.) insgesamt 4 986 450 M. gegeben; beim Kapitel „Jugendwohlfahrt“ entfallen auf kirchliche Institutionen insgesamt 6 153 150 M.; aus den Kapiteln „Gesundheitswesen, allgemeine Verwaltung, Schulverwaltung, Kunst und Wissenschaft“ kommen weitere 369 693 M. hinzu.

Allein diese Posten ergeben die schöne Summe von 13 371 363 M.; dabei sind alle Summen außer Betracht gelassen, die in den ominösen Kapiteln unter „Sonstiges“ stecken; auch die Summen, die für Religionsunterricht an allen Schulgattungen ausgegeben werden.

## Briefe an die SAZ

### Wir stehen!

Als der Genosse Ziegler unlängst im Reichstag darauf hinwies, daß die SAP schon in kurzer Zeit zu einer Massenbewegung werden würde, wurde ihm von seiten der KPD zugerufen, daß die SAP in kurzer Zeit gestorben sein werde. Wenn wir wirklich eine so kleine, unscheinbare Gruppe wären, so fragen wir uns: Weshalb wird dann von der SPD und der KPD der ganze Redner- und Presseapparat gegen uns eingesetzt? Hier muß doch irgend etwas nicht stimmen!

Und wirklich: es stimmt etwas nicht. Die SPD hat selbstverständlich alle Ursache, uns so klein wie möglich zu machen. Sonst könnten ja die Mitglieder etwas munter werden und sich ihre Führer und deren Politik mal aufmerksamer ansehen. Um das zu verhindern, wird das kleinlichste und widerlichste Material zusammenzutragen, um unsere führenden Genossen in Mißkredit zu bringen. Sollte das alles nicht genug ziehen, dann fährt man das größte Geschütz auf: „Die Einheit der Partei darf auf keinen Fall in Gefahr gebracht werden!“ Was nützt aber die Einheit der Partei, wenn der größte Teil der Führer dieser Partei ganz offensichtlich gegen den Willen der Mitglieder Politik macht? Die deutsche Sozialdemokratie hat aufgehört, die Partei Bebel und Liebknechts zu sein. Sie ist zu einer Staatsappartei geworden, geführt von einer erstarrten Parteibürokratie. Deshalb ist für wirkliche Sozialisten kein Platz mehr in ihr.

Beinahe noch größer als die Hetze der SPD ist die Hetze der KPD gegen die SAP. Die KPD-Führer sehen sich jetzt das Wasser abgraben, das bisher ihre kaputten Parteimühlen trieb. Sie sehen ihre Felle fort-schwimmen!

Die alten Parteien der Arbeiterschaft müssen abtreten. Die eine ist keine Klassenkampfpartei mehr, die andere kann wegen ihrer Abhängigkeit von Moskau keine wirkliche revolutionär-sozialistische Politik treiben. So wie die Nationalsozialisten auf der rechten Front die bürgerlichen Parteien aufsaugen, so

werden wir als internationale Sozialisten das gleiche auf der Linksfrent tun.

Walter Meichner, Planitz.

### Kleine Anfragen an eine große Partei

und ihre Beantwortung

Wie schützt man den Parlamentarismus und die Demokratie?

— Ganz einfach: man schaltet beide aus. Wie lange wird die trostlose Lage der Arbeiterschaft noch dauern?

— Bis infolge der vielen kleineren Uebel der Arbeiterschaft die große Uebelkeit ankommt oder eine verzweifelte Mehrheit des deutschen Volkes ihr größtes Uebel auf legalem Wege als Kanzler beruft.

Warum macht eine große Partei, wenn sich von ihr ein ganz kleines Splitterchen löst, ein so großes Geschrei?

— Weil das Splitterchen nicht einsehen will, daß die Partei das Recht der freien Meinung des Parteivorstandes schützen muß. Was tut eine Partei, wenn sie oppositionelle Mitglieder hat?

— Manche Parteien haben Geld, andere benutzen Revolver und Dolche, das einfachste Mittel ist: die Partei spaltet diese Leute von sich ab.

Warum ist gerade die Sozialdemokratie berechtigt, dem deutschen Volk zu sagen: Gebt uns die Mehrheit!

— Sie ist dazu berechtigt auf Grund der in den letzten Jahren so erfolgreich begangenen Schritte auf dem Wege zum sozialistischen Volksstaat.

Das Volk ist unreif, sagt die Sozialdemokratie, es wählt bei 4 Millionen Erwerbslosen 107 Nazis in den Reichstag, was sagt diese Partei, wenn bei 8 Millionen 250 Faschisten in das hohe Haus marschieren?

— Sie wird nichts mehr zu sagen brauchen, denn sie versichert heute schon, daß sie noch nie etwas zu sagen gehabt habe.

Kurt Leinen.

# Jugendblatt der SAJ

## Die Partei der Zukunft!

### Jugend und Partei

Carl Hiestermann, Planitz (Sachsen).

Der Profit, das treibende Motiv und die behelende Kraft der kapitalistischen Produktion, hat nicht nur Männer und Frauen, eine Generation nach der anderen, in den gähnenden Abgrund der Sklaverei und des Elends hinabgerissen, hat nicht nur unsere Väter und Mütter an den Fels tierischer Qualen geschmiedet — der Profit hat auch die jüngsten Glieder der Gesellschaft, er hat blutjunge Menschen in die grauen Höhlen des stählernen Mechanismus hineingepfercht. Die kapitalistische Produktion hat alle Unterschiede zwischen alt und jung, zwischen Mann und Weib erbarmungslos niedergewissen und übrig gelassen nur den Unterschied zwischen arm und reich, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern.

Wir, die Jugend von heute, und die Alten, im Kampf Erkrauten sind eins. Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not zu einer unzähligen Kampfgenossenschaft. Wir sind eine Einheit, weil wir alle von den gleichen Kräften gefangen gehalten, versklavt und ausgebeutet werden, weil wir alle, alt und jung, Mann und Weib ein Ziel: die klassenlose sozialistische Gesellschaft und weil wir schließlich alle einen Weg zu dieser sozialistischen Gesellschaft haben. Alles Gerede von den Differenzen der Generationen muß angesichts unserer Aufgaben verstummen. Von einem Ausgangspunkt ausgehend, nach einem Ziel hinstrebend und von einer Kraft geleitet sind wir, die Jugend und die Partei — ein geschlossenes Ganzes. Die Partei und die Jugend haben sich in dem großen Ringen der alten und der neuen gesellschaftlichen Kräfte gegenseitig zu ergänzen. Kein Glied darf bei der Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie vernachlässigt werden. Die Partei, deren Formationen an den vordersten Fronten des gesellschaftlichen Schlachtfeldes kämpfen, braucht im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung, in der diese Kämpfe nicht nur an Umfang, sondern auch an Tiefe und Schärfe zunehmen, immer neue, immer bewußtere Mitstreiter, immer zielklarere und tapferere Genossen, die die immer zahlreicher werdenden Lücken dieser Kampffront auszufüllen in der Lage sind. Diese Aufgabe, die Ausfüllung der Lücken in der kämpfenden Front, kommt in erster Linie der sozialistischen Jugend, in der die junge Generation die Waffen und die Methoden der gesellschaftlichen Kämpfe kennenzulernen Gelegenheit hat, zu.

Wir, die sozialistische Jugend, sind nur ein Glied der sozialistischen Arbeiter-Partei. Ein Glied mit gleichen Zielen und gleichen Wegen. Daß dies so ist, hat nun die Praxis schon längst bestätigt. In kameradschaftlichem Ringen der alten, wie der jungen Genossen werden alle Beschlüsse unserer Konferenzen gefaßt.

Wir, die junge Generation im SJV, haben heute die Möglichkeit, von uns aus ohne das Einspruchsrecht der Älteren unserer klugsten und befähigsten Genossen in die Parteivorstände aller Gruppen zu entsenden. Es wird, ja, es darf in der Partei keine Korporation und keinen Ausschluß geben, in dem nicht die Jugend vertreten ist.

Bei all unserer Einigkeit bleiben wir organisatorisch selbständig. Diese organisatorische Selbständigkeit, die in der SAJ von Tag zu Tag mehr abgebaut und aufgehoben wird, ist für die arbeitende Jugend unbedingt notwendig. Notwendig in erster Linie deshalb, weil unsere Aufgaben

im wesentlichen lernender und schulender Natur sind. Eine Organisation, deren wesentlichste Aufgabe im Lernen und Schulen besteht, kann nur in einer möglichst freien Entfaltung ihrer einzelnen Glieder den gewünschten Erfolg haben. Nur eine völlig selbständige, demokratische (nicht bürokratische) Organisation wird dieser Aufgabe gerecht werden können. Ohne diese Selbständigkeit können die wertvollsten Kräfte der jungen Generation verschüttet werden, was sich nur zum Schaden und zum Nachteil der gesamtproletarischen Bewegung auswirken müßte. In unserer selbständigen Organisation werden wir die ausgebeutete Jugend sammeln, ihnen die heutige kapitalistische Ausbeutergesellschaft, das Ziel, die sozialistische, klassenlose Gesellschaft, den Weg, der zu ihr führt, klar und verständlich machen. Wir werden den jungen Proleten das Pflanzgerät des proletarischen Klassenkampfes in die Hand geben und sie lehren, sie im marxistischen Sinne zu gebrauchen.

Unsere älteren Kampfgenossen von der SAP verstehen besser als alle anderen die Worte des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, wenn er sagt: „Der aufgeklärteste Teil der Arbeiterschaft versteht vollständig, daß die Zukunft seiner Klasse und damit der ganzen Menschheit durchaus von der Ausbildung der werdenden Generation abhängt.“ Sie, die Aufgeklärtesten von dem aufgeklärtesten Teil der Arbeiterschaft, sie werden an unserer Ausbildung lebendig Anteil nehmen, sie werden uns unterstützen und uns an den richtigen Platz in dem großen Kampffeld stellen. Wir haben die Pflicht, uns und unsere ganze Kraft diesem aufgeklärtesten, dem organisierten Teil der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen und im Sinne des revolutionären Sozialismus zu wirken. Unsere ganze Kraft, unser Leben und Wirken gehört der revolutionär-sozialistischen Partei, gehört der SAP, und mit uns wird diese Partei, die Partei der Jugend und damit auch die Partei der Zukunft sein!

## Front gegen jeden Arbeitsdienst!

Von Herbert Frahm, Lübeck.

Der Gedanke, die deutsche Jugend durch eine Arbeitsdienstpflicht zu beglücken, ist nicht von gestern. Die Gegner der Arbeiterklasse haben sich diese Jugendbeglückung ausgedacht, um an die Stelle der fortgefallenen allgemeinen Wehrpflicht eine neue Methode zu setzen, die Menschen zu „treuen Untertanen“ zu erziehen. Es ist wohl verständlich, daß der Dienstpflichtgedanke gerade in der Zeit des besonders starken Anwachsens der Arbeitslosigkeit wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Jungproletariat hat sich von Anfang an dafür bedankt, wieder in Kasernen gedrillt zu werden, hat von Anfang an die großen Gefahren aufgezeigt, die durch die nationalistische Erziehung der Jugend entstehen würden. Diese Dinge sind so klar, daß man gar nicht erst zu fragen braucht, wie sehr dann die jungen Menschen noch ausgebeutet werden sollen. Das Proletariat überhaupt hat aufgezeigt, wie dem Klassengegner mit den Dienstpflichtabteilungen Streikbrechergarden und Kulikkonkurrenten der freien Arbeiter entgegenstehen würden. Im Januar dieses Jahres war der Gedanke der Dienstpflicht bis in das Arbeitsministerium des reaktionären Kabinetts Brünning vorgedrungen, und nicht an den Argumenten des Proletariats, sondern an der finanziellen Unmöglichkeit ist — vorläufig — die Durchführung gescheitert.

Seit einigen Monaten ist es ein anderes Schlagwort, das die Jugend beglücken soll: das Schlagwort vom „freiwilligen Arbeitsdienst“. Als am 5. Juni von Brünning wieder einmal Not verordnet wurde, fand man auch die Bestimmung, den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern. Mittel sollten aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Krisenfürsorge zur Verfügung gestellt werden. Am 3. August hat Treviranus, der offenbar nichts anderes zu tun hat, in einer „Verordnung über die Förderung“ die praktische Durchführung eingeleitet.

Was ist es mit diesem freiwilligen Arbeitsdienst, der in manchen Teilen des Reiches schon in die Wege geleitet worden ist, hier und da mit Organisationen, wie z. B. Reichsbanner, unter Duldung der SPD? Der freiwillige Arbeitsdienst bietet nicht den erwerbs-

losen Jungproleten, sondern denjenigen, die verstehen, sie geschäftstüchtig auszunutzen, Aussichten auf Gewinn. Dem freien Arbeiter wird Arbeit weggenommen, die zu Tariflöhnen vergeben werden mußte. Die ganze Verordnung ist unklar, und das ist wahrscheinlich auch ihr Zweck. Aber man erkennt leicht, daß faschistische

Bünde, wie Stahlhelm, Jungdo usw., in der Führung der Schnapsidee stehen. Jedoch, wie gesagt, fehlt auch das Reichsbanner nicht. Volksgemeinschaft ...!

Die Verordnung ist deshalb so unklar, weil man nachverordnen will. Der freiwillige Arbeitsdienst — darüber hat uns die Rechtspreste nicht im Zweifel gelassen — soll ein Übergangsstadium sein zur Arbeitsdienstpflicht. Man wird nach einiger Zeit über die „großen Erfolge“ des freiwilligen Dienstes berichten, um den Weg für die Dienstpflicht freizumachen. Weil aber der junge Proletarier nicht die Beglückung durch den faschistischen Gedanken der Arbeitsdienstpflicht will, lehnt er auch die Vorstufe dazu ab, jenen freiwilligen Dienst, der ihm auch nicht einmal anständigen Lohn, anständige Verpflegung und Unterbringung sicherstellt.

Überall muß die proletarische Jugend die Boykottierung des freiwilligen Arbeitsdienstes propagieren, auch wenn SPD, Reichsbanner usw. keine klare Stellung einnehmen. In Lübeck z. B. beschloß die SAJ schärfsten Kampf gegen den von ihren Parteigenossen in Aussicht genommenen Arbeitsdienst. Aber auch das Jungbanner lehnte ihn — sogar einstimmig — ab. Das zeigt, daß die jungen Arbeiter sich nicht mißbrauchen lassen wollen zu diesem Plan der Arbeiterfeinde. Sie haben längst erkannt, wie man heute kalt faschistische Methoden einführt: von hinten herum.

Die Ausrede, daß „wir dabei sein müssen, damit Schlimmeres verhütet wird“, gilt nicht. Die Jugend läßt sich auch nicht mit dem „kleineren Uebel“ fangen, das uns so herrlich weit gebracht hat. Man muß Grundsätze hochzuhalten wissen, wo wichtige Teilkämpfe zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten werden. Und ein solcher Kampf ist der Streit um den Arbeitsdienst.

Mögen die Herren um Treviranus — aber auch die Herren mit dem „kleineren Uebel“ — erkennen, was es heißt, wenn das Jungproletariat ruft: Front gegen jeden Arbeitsdienst!

## Verantwortungslose Jugend?

Von Reinh. Walz, Berlin-Tempelhof

Den vielen persönlichen Verunglimpfungen unserer Genossen wird man leicht begegnen können, wenn sie offen erhoben werden. Schwieriger ist es, versteckte und scheinbar objektive Behauptungen ihres demagogischen Mantelchens zu entkleiden.

Als uns die Mitteilung erreichte, die Breslauer SAJ stehe zu Seydewitz, und als dann immer deutlicher wurde, daß an vielen Orten die SAJ zur SAP kommt, da sagte mir ein Parteigenosse in Amt und Würden: „Das sieht der Jugend ähnlich! So ist sie immer gewesen: verantwortungslos und leichtsinnig! Was wißt ihr von den Schwierigkeiten der Politik! Ihr Jungen habt es leicht, euch für Opposition zu entscheiden!“

Stimmt das? Haben wir es wirklich so leicht, gerade wir jungen Genossen?

Immer wieder muß es den parteivorstandsfremden Mitgliedern der SAJ gesagt werden, daß wir niemals von vornherein die Spaltung wollten. Das haben wir an anderer Stelle beweisen können. In Frankfurt — es sind erst wenige Wochen her — haben wir trotz großer Meinungsverschiedenheit, trotz unserer anderen Auffassung über die Taktik der Parteiführung ein starkes, erhebendes Bekenntnis zur geschlossenen Arbeiterbewegung abgelegt. Waren es nicht gerade die heute verfeimten Bezirke Breslau, Zwickau, Berlin usw., die durch Geschlossenheit und Entschlossenheit unser aller Begeisterung entfachten, die dem Jugendtag das Kampfgepräge gaben? Es hat

uns Älteren in der Arbeiterjugend zuwälen Mühe gekostet, in unseren Jugendgenossen die Hoffnung auf einen Umschwung der gegenwärtigen Tolerierungspolitik wachzuhalten. Wer da sagt, die Jugend entschlöße sich leicht zur Opposition, der will nicht die wahren Tatsachen sehen. Ud allen, ob jung oder alt, ist der Entschluß schwer gefallen. Es gibt viele, viele unter uns, die in den entscheidenden Nächten nicht schlafen konnten. Es war nicht unsere Unsicherheit, die uns nicht schlafen ließ, es war unser Verantwortungsbewußtsein.

Wer unser Opponieren nur eine Jugendtorheit nennen will, hätte jene erschütternde Vorsitzendenkonferenz in Berlin miterleben sollen. Unser 2. Vorsitzender war abgesetzt worden. Nicht nur oppositionelle Genossen haben zugegeben, daß das Vorgehen gegen ihn skandalös war. Die Gründe sind auch heute noch nicht stichhaltig. Es sind warnende Stimmen und Stimmen ehrlicher Empörung bei unseren ausländischen Bruderparteien laut geworden. Wir haben damals den vollen Ernst der Situation begriffen. Wir haben uns nochmals gefügt, wenn auch mit geballter Hand in der Tasche.

Wir sind in Drangsalierungen und Schikanierungen hart geworden, und deshalb geben wir zu — so höhnisch es klingen mag: das drakonische Vorgehen des Parteivorstandes und das Verhalten des Hauptvorstandes der SAJ im Punkte Selbstverhaltung hat nicht unwesentlich zu unserer Bewußtseinsklärung beigetragen. Woher sollte unser Vertrauen zur Führung kommen, wenn diese uns gegenüber dauernd Mißtrauen zeigte? Was nützte uns die Parole: „Wo bleibt der zweite Mann?“, wenn alles ohne uns gemacht wurde? Was heißt es schon: „Gebt uns die Macht!“, wenn wir, die Mitglieder, für einen Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit nicht eingesetzt wurden?

Gerade wir, die wir von der Arbeiterjugend zum SJV gekommen sind, wissen, was wir hinter uns zurücklassen. Wir hängen an unseren Gruppengemeinschaften. Diese Crap-pengemeinschaften sind die Versuchsstationen der kommenden Gesellschaft, wie uns Anna Siemsen in ihrem Buch „Selbsterziehung der Jugend“ sagte. Sie werden und müssen erhalten bleiben. Jetzt erst recht bauen wir unsere Gruppen zu wahren Lebens- und Arbeitsgemeinschaften aus. Unsere Aufgabe ist es unvermindert, uns kampffähig zu machen, nicht tolerierungsfähig. Das kleinere Uebel hat uns zum Erbrechen gebracht.

Nicht in Aufrufen — und auch da nur, wenn es rührend wirken soll — wollen wir uns auf unsere Führer Bebel und Wilhelm Liebknecht besinnen, wir werden den Geist unserer Führer auf uns wirken lassen und danach handeln. Jetzt sind wir mit Herz und Hirn dabei!

## Arbeiterjugend und Bildung

Von Gottfried Riehl, Köln-Kalk.

Bildung und Bildung ist zweierlei. Besser ausgedrückt: unter Bildung kann man das eine Mal rein äußerliches Wissen verstehen, das andere Mal Charakterbildung.

Eines sowohl wie das andere tut dem Proletariat not, wenn es jemals daran denken will, eine neue Mehrheitsepoche heraufzuführen.

Besonders ist es die Aufgabe unserer Bewegung, das Jungproletariat, das dereinst mitten im sozialen Umsturz stehen wird, auf die kommende Zeit vorzubereiten.

Die eigentliche Wissensvermittlerin unserer Zeit ist die höhere Schule, sie aber ist dem Proletariat meistens verschlossen. Es muß sich mit einer mangelhaften Volksschulbildung begnügen, weil der Kapitalismus Menschen braucht, die schreiben und lesen, nicht aber solche, die denken können.

Er braucht Menschen, die das, was sie an Bildung in sich aufgenommen haben, im Dienst und im Sinn der bestehenden Welt- und Gesellschaftsordnung abgeben. Die Volksschule ist die rentabelste Einrichtung, die der Kapitalismus geschaffen hat. Wir müssen uns dar-

über klar sein, daß die sogenannte höhere Schule so lange nicht zu einer Schule des gesamten Volkes wird, so lange nicht die sozialistischen Tendenzen der Gesellschaftsordnung die Oberhand gewinnen über die kapitalistischen. Der Bildungskauf, die Ware „Bildung“ oder anders ausgedrückt: die Ware „Wissen“ wird erst dann verschwungen sein, wenn das Waren-system an sich in der sozialistischen Zukunft gefallen ist. Für uns erweitert sich die Bildungsfrage zu einem Teil des Menschheitsproblems Sozialismus.

Wir wollen das Wissen, uns fehlen die Mittel, um es zu geben. Um zu ihm zu gelangen, sind wir genötigt, die Bildungsmittel zu erkämpfen, die uns erst zufallen werden, wenn das Proletariat im Kampfe gegen den Mammonismus gesiegt hat. Die Bildung, die wir geben können, ist eine andere als jene ideale, die der Mehrzahl unserer Mitglieder verschlossen ist, unsere Bildung ist Mittel zum Kampf, unsere Bildung ist die sozialistische Bildung. Durch sie werden wir einst zur wirklichen gelangen. In Vorträgen, Diskussionen und

Kursen wollen wir den jungen Arbeitern die Erkenntnis ihrer Lage, das Klassenbewußtsein geben. Wir wollen ihnen zeigen, „was die Welt im innersten zusammenhält“.

Sozialistische Bildung ist Massenbildung, nicht Bildungsarbeit mit Massen, aber Bildungsarbeit an Massen! Hier und da aber wird es uns möglich sein, Literatur, Musik, überhaupt Kunst, kurz, ein wenig jener idealen Bildung zu geben. Das über das Wissen; aber dieses ist nicht alles. Wir haben lebendige Menschen vor uns und wollen keine Bücherwürmer aus ihnen machen. Auch Sport, Spiel, Tanz und Wandern sind Mittel der Erziehung und Bildung, nicht Mittel der Wissensbereicherung, wohl aber Mittel der Charakterbildung. Und die zu fördern, haben wir uns ebenfalls zur Aufgabe gemacht. Für die Erwerbung eines Wissens lassen sich Programme aufstellen, für den Gewinn von Charakterbildung nicht. Charaktere bilden sich im pulsenden Leben, im Zusammensein von Mensch und Mensch. Wissen ist macht und Bildung macht frei! Menschen zu formen, die den tiefen und wahren Inhalt dieser Worte zu fassen vermögen, Menschen mit Kenntnissen und Charakterbildung heranziehen, ist unser edelstes Bestreben und in diesem Sinne wollen wir unsere Bildungsarbeit betreiben.

## BVG in der Krise

### Unhaltbare Zustände

Die Berliner Verkehrsverhältnisse sind unhaltbar geworden. Man braucht nur in einer Hauptverkehrsstunde die Straßenbahn, Untergrundbahn oder eine der Omnibuslinien zu benutzen, dann wird man immer wieder die menschenwürdige Art der Beförderung feststellen und den Kampf nicht mehr um den Sitzplatz — der fällt wie das große Los in der Lotterie alle paar Monate zu — sondern den Kampf um den Steh- oder vielmehr Hängeplatz mitmachen müssen. Dazu kommt die andere Erscheinung: daß Tausende und aber Tausende heute gar nicht mehr in der Lage sind, eines der Verkehrsmittel der BVG zu benutzen, sondern Reisemärsche von mehreren Stunden Dauer innerhalb der Großstadt zur Erreichung ihrer Ziele unternehmen müssen. Die Direktoren der BVG aber klagen über den Rückgang des Verkehrs.

Der neueste Plan einer weiteren rückwärtigen Verkehrseinschränkung durch Einstellung wichtiger Linien der Straßenbahn, durch den besonders die in den proletarischen Stadtteilen und Vororten wohnenden Berliner aufs schwerste getroffen werden, hat in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

So sahen sich die verantwortlichen Leiter der Stadt und der BVG gezwungen, in einer Konferenz der Presse ihre Auffassungen von der Notwendigkeit der Verkehrs-drosselung zu entwickeln.

#### Statistiken, die nichts beweisen

Bürgermeister Elsas erläuterte unter Hinweis auf zahlreiche Tabellen und graphische Darstellungen die Lage der BVG. Er verwies auf die gesteigerte Konjunkturfähigkeit des gesamten Verkehrs und auf die Tatsache, daß im selben Maße, wie die Arbeitslosenziffern gestiegen sind, die Verkehrszahlen fielen.

Aus diesen Zahlen geht jedoch mit großer Deutlichkeit hervor, daß die BVG kein anderes Mittel kennt gegen die Auswirkungen der Krise als jeder andere großkapitalistische Konzern: Drückung der Löhne und Drosselung der Leistungen. Um 15 Prozent sind die Löhne herabgedrückt und um 19 Prozent die Gehälter der Angestellten abgebaut.

Durch den Nachweis, daß die Drosselung des Verkehrs in anderen Städten prozentual erheblich stärker ist als in Berlin, versuchte man die neuen Abbaumaßnahmen zu rechtfertigen. Dabei vergißt die BVG zu erwähnen, daß in einer Stadt von dem Ausdehnungsradius Berlins Millionen der Bevölkerung gezwungen sind, die städtischen Verkehrsmittel zu benutzen, so daß der Vergleich ein völlig schiefes Bild der tatsächlichen Lage gibt. Ähnlich steht es übrigens mit all den anderen Tabellen und Statistiken, die man den Pressevertretern an den Kopf geworfen hat: sie geben kein klares Bild über die wirkliche Lage der BVG. Vor allem wurde vorsichtig um jede nähere Angabe über die sachlichen Ausgaben der BVG herumgegangen, die Frage, wo und wie an anderen Stellen als den Löhnen und der weiteren Verkehrs-drosselung gespart werden könne, existierte nicht für die Einberufer dieser Pressekonferenz.

#### Die Sünden von gestern

Nur in seinen Ausführungen über den von der Danatbank empfangenen kurzfristigen Kredit von 124 Millionen ging Bürgermeister Elsas auf eine der wichtigsten Ursachen der Krise der BVG ein. Die Sünden vergangener Jahre rächen sich heute. Wie hat man seinerzeit die Zusammenlegung der Berliner Verkehrsbetriebe 1929 als eine kommunalpolitische Großtat gefeiert. Wie ist der kleine Reuter groß geworden, und wie hat die Berliner Sozialdemokratie ihre positiven Erregungenschaften sich selbst bescheinigt. Auf dem Gebiete des Wohnungsbau — da waren keine Lorbeeren zu ernten. Aus der Fürsorge stieg der Skandal um Scheuen, und die Stadttrüben Wevl wurde aus einer großen Dame eine Figur, die man hinter die Kulissen schob. Dazu die Blüten aus dem Korruptionssumpf der Sklareks. Aber auf dem Gebiete des Verkehrs wesens? Derselbe Schwindel, dieselbe Kurzsichtigkeit wie überall.

Man hat 1929 ganz nach dem Vorbild großkapitalistischer Konzerne die Verkehrsbetriebe zusammengeworfen, ohne eine innere organische Verschmelzung vorzunehmen.

Man hat dann kurzfristige Kredite verbaut, die jetzt durch Zinsbelastung und die von Bürgermeister Elsas besonders betonte Notwendigkeit baldiger Rückzahlung die BVG zu einem unrentablen Zuschußbetrieb mit sinkenden Leistungen gemacht haben. Man hat aus dem Vollen gewirtschaftet, und jetzt sollen die Arbeiter, Angestellten und die Berliner Bevölkerung die Kosten bezahlen. Ueber diese Seite der Angelegenheit hat Bürgermeister Elsas nur insofern gesprochen, als er die Fehler von 1929 vorschob, um die Fehler von heute damit zu verdecken.

#### Weitere Drosselung angekündigt

Wichtig war dann noch besonders die Ankündigung, daß für 1932 eine Drosselung der öffentlichen Ausgaben in ganz anderem Ausmaße bevorstehe, als sie bisher schon erfolgt ist. Wie man die gegenwärtige Wirtschaftslage in den Finanzberatungen der verantwortlichen Leiter der Stadt Berlin be-

urteilt, zeigt die Bemerkung, daß die Annahme des gleichen Verkehrsrückganges wie im Dezember 1931 für das ganze Jahr 1932 viel zu optimistisch sei.

Die Krise verschärft sich, der Abbau geht weiter, das Elend steigt. Und die Berliner Stadtväter stehen vor dieser Situation, schütteln die Köpfe, sanieren die Pleite, bis sie ihnen über den Kopf wächst, und wissen keinen Ausweg. Die Berliner Arbeiter müssen ihnen beibringen, daß es einen gibt.

Nur eine Verkehrspolitik, die nicht von angeblichen wirtschaftlichen Rücksichten ausgeht, sondern die klar und eindeutig nach sozialen Gesichtspunkten handelt, ist in einer Arbeiterstadt wie Berlin berechtigt und notwendig. Bezeichnend war es, daß sowohl Bürgermeister Elsas wie sein Famulus Zangenmeister, der nach ihm sprach als einziges Problem der Ueberfüllung die Nöte der Theaterbesucher erwähnte. Gewiß, die können auch einmal zwei Minuten warten, aber die Arbeiter können und wollen nicht warten, sie wollen nicht wie die Heringe verfrachtet sein, wenn sie müde aus dem Betrieb kommen, und sie pfeifen auf den guten Rat des Herrn Zangenmeisters, eben gefälligst die Anschlußstrecke zu laufen, wenn ihnen der Umsteiger zu teuer ist oder durch die

neuen Linieneinschränkungen der Anschluß wegfällt.

#### Die Presse ist schuld!

Dieser Herr Zangenmeister, Direktor der BVG, hatte den Mut, zu erklären, daß nur die Presseberichte die Ursache der Beschwerden über Ueberfüllung seien. Die Empörung in der Pressekonferenz über diesen Ausspruch wie über die ganze Verkehrspolitik der BVG war so allgemein, daß dies den Herren doch zu denken geben sollte. Denn das war nur ein kleiner Widerhall der ungeheuren Empörung über die Verkehrspolitik der BVG und des Berliner Magistrats, die in der gesamten Berliner Bevölkerung herrscht.

Am kommenden Montag werden die Abbaupläne noch einmal durchberaten. Ob der scharfe Protest in der Öffentlichkeit eine Wirkung zeigen wird, ist abzuwarten. Bis jetzt haben sich die verantwortlichen Herren wenig um die Kritik gekümmert. Auch die Mehrheit des Berliner Stadtparlaments hat in Verkehrsfragen völlig versagt. Dies gilt besonders auch von der sozialdemokratischen Fraktion, der die Hauptschuld an der Gestaltung der Berliner Verkehrsverhältnisse zuzusprechen ist. Die Quittung wird nicht ausbleiben! F. R.

## Universitäts-Krawalle auch in Berlin?

### Nazistudenten organisieren Pogrom für den 9. November

Von zuverlässig informierter Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die nationalsozialistischen Studenten für den Revolutions-Gedenktag, Montag, dem 9. November, antirepublikanische und antisemitische Ausschreitungen nach dem Muster des Kurfürstendamm-Pogroms organisieren.

Dem Universitäts-Skandal von Halle soll sich der in Berlin allem Anschein nach würdig anreihen. In den nationalistischen Studentenkreisen der Universität Halle war, wie man gehört hat, der Gedanke verbreitet, daß es nur noch einer geringen Anstrengung bedürfe, um das Dritte Reich herbeizuführen, und die von ihrer Vortrupp-Mission berauschten Studenten wählten sich berufen, den letzten, entscheidenden Stoß gegen „das morsche System“ zu führen.

In diesem Sinne und mit ebensolchen Parolen wurde auch in den letzten Tagen an der Berliner Universität eifrig agitiert. Am Freitag schon herrschte bei den Universitäts-

behörden eine derart erregte Stimmung, waren Rektor und Senat, wie Dozentschaft von solcher Unruhe vor kommenden Ereignissen erfüllt, daß dem blinden Alarm geglaubt wurde, der von bereits ausgebrochenen Tätlichkeiten der Studenten sprach. Polizei rückte an — und zog zunächst unverrichteter Dinge wieder ab.

Die Nazi-Studenten haben es offensichtlich darauf angelegt, das Universitätsleben vollkommen lahmzulegen. Man wird abwarten müssen, ob ihre Kräfte bereits stark genug dazu sind, die Universitätsbehörden unter ihren Willen zu zwingen.

Die schwächliche Haltung des Universitäts-Rektors in Halle eröffnet für den 9. November in Berlin die angenehmsten Aussichten.

Auch von der Universität Heidelberg kommen wieder Nachrichten, die besagen, daß der Sturm gegen Professor Gumbel mit neuen Kräften beginnen soll.

### Am Donnerstag wieder Stadtverordnetenversammlung

Am Donnerstag ist wiederum eine ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. U. a. will man sich über die Sparmaßnahmen des Magistrats unterhalten.

#### Streik bei Goldacker

Das gesamte Fuhrpersonal der Firma Eduard Goldacker Nachf. ist geschlossen in den Streik getreten. Wie verlautet, hatte dieses Unternehmen, das über ganz Groß-Berlin ein dichtes Netz von Backwarengeschäften besitzt, die Absicht, rigorose Lohnkürzungen bei den Chauffeuren und Mitfahrern vorzunehmen. Bei einer zustande gekommenen in-

ternen Lohnverhandlung forderte die Firma eine Lohnreduzierung von 5 Prozent. Da zudem von seiten des Unternehmens der Wille vorliegt, zugleich einen allgemeinen Personalabbau vorzunehmen, antwortete das Fuhrpersonal mit dem Streik.

#### Familientragedie

Eine grausige Familientragedie hat sich am Sonnabend nachmittag in Berlin-Niederschönhausen abgespielt. Im Hause Schönhauser Straße 33b erschoss der 22jährige Chauffeur Saalfeld, vermutlich im Verlauf eines Familienstreites, seine 45jährige Mutter. Er richtete dann die Pistole gegen seine 18jährige Schwester Elisabeth und brachte ihr durch mehrere Schüsse schwere Verletzungen bei. Das Überfallkommando konnte den Täter verhaften.

## Geflüster im Zuhörerraum

Moabit. Großer Schwurgerichtssaal. Sklarek-Prozess.

Das gewohnte bunte Bild: Ein Dutzend Angeklagte, ebensoviel Verteidiger, Dutzende von Zeugen, Prozeßvertretern, Sachverständigen, mit Aktenbündeln beladene Sekretärinnen. Man kennt sich, man kennt alle Gewohnheiten der antierenden Gerichtspersonen, man weiß: dieser Anwalt pflegt regelmäßig seine Vorstöße zu Beginn der Sitzung einzuleiten. (Sklarek behauptet, daß ihm dabei immer der Morgenkaffee hochkomme), ein anderer liebt die Ueberraschung kurz vor Toresschluß. Man ist in den wochenlangen Verhandlungen zu einer großen Familie zusammengewachsen.

Bei den vielen Verhandlungspausen dauert es keine zwei Minuten, und der Verhandlungssaal bietet das Bild gährender Leere. Beim Wiedereinzug hallt der Gerichtskorridor wider von den Schritten der einmarschierenden Bataillone. Eine merkwürdige Massendemonstration in den Gerichtssaal, bei der Willi Sklarek, dessen hellbrauner Anzug scharf von den schwarzen Roben der Anwälte absticht, die Spitze mit sonderbaren Ehrgeiz verteidigt.

Auch hinter der Barriere, welche die Zeugenbank vom Zuhörerraum trennt, kennt man sich. Der Sklarek-Prozess hat sein Stammpublikum. Es hat sich bald herumgesprochen bei den Besuchern der Moabiter Gerichtssäle, daß der Neuling bei Sklareks „nichts werden kann“.

„Ich hab Dir ja gesagt, wir woll'n lieber zu den großen Prozessen in der Turmstraße jehn“, sagt griesgrämlich mein Hintermann (bei einer der endlos langen Zwangspausen) zu seinem Kumpel. „Mir ham se aba diesmal alle jesacht, bei Sklareks ist et langweilich“.

So überwiegen die Fachleute. Es hat sich sogar eine besondere „Sachverständigenbank“ gebildet, die in den Pausen den Neulingen Nachhilfeunterricht erteilt. Sie kennt jeden Richter und jedes einzelne Delikt der Angeklagten, sie kennt die Staatsanwälte, jeden einzelnen Verteidiger und ganz besonders gut die Angeklagten. Sie weiß jedenfalls in vielen Fällen mehr als die Staatsanwalt und der Angeklagte zusammen.

Der Unterricht setzt sofort nach Pausenbeginn ein. Vier von den fünf Sachverständigen werden schnell von der Unlösbarkeit ihrer Aufgabe überzeugt. Sie resignieren vor soviel Unwissenheit und geben nur ersichtlich widerwillig und mit verächtlichem Achselzucken Antwort.

Der fünfte aber ist ein Mann mit einem goldenen Herzen; nur manchmal mitleidig lächelnd, wird er nie müde, ist mit Fragen nicht tot zu kriegen. „Na dann will ich Se, det ooch noch erklären“, legt er agitierend los, gerät schnell in Schweiß und beendet seine Philippika erst, wenn ihn der Wachmeister an den Wiederbeginn der Sitzung energisch mahnt.

Nervenzusammenbruch des Angeklagten Kohl, Bürgermeister von Köpenick, der sich einer Untersuchung durch den Gerichtsarzt unterwerfen muß. Als Kohl herausgeführt wird, meint mein Nachbar: „Jetzt is er jeknickt, als ich den noch kannte, war er noch nich jeknickt.“ Den soll'n se mal zum Vertrauensarzt von die Kasse schicken, der schreib't'n bestimmt ka-vau.“ „Ob se wohl so'n Theater mach'n würden, wenn einer von uns dasteh'n würde?“

Nach der Untersuchungspause von einer Stunde Wiedereinzug der Prozeßbeteiligten. Du, det is Willi Sklarek, sich Dir 'n an, den

### Versammlungskalender:

- Ortsverein Wedding, Montag, den 9. Nov., 1932 Uhr: Mitgliederversammlung bei Dabbert, Schulstraße 60. Referent: Genosse Seigwasser.
- Schützlingstafel Neukölln, Mitgliederversammlung Montag, den 9. November, bei Lochner, Kaiser-Friedrich-Str. Ecke Innstr. Tagesordnung: 1. Vortrag Gen. Dr. Rosenfeld, 2. Verschiedenes.
- Ortsverein Charlottenburg, Dienstag, den 10. November. Die Frauenzusammenkunft findet nicht statt, sondern wird bis nach dem 15. November verschoben.
- Kreis Tiergarten, Distrikt Westn., Mitgliederversammlung Montag, den 11. November, 20 Uhr, im „Bärenspring“, Lützowstr. 7. Vortrag.
- Mitte, Mittwoch, den 11. November, 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Detersen, Prinz-Louis-Ferdinand-Straße 8 (Nahe Bahnhof Friedrichstraße). Thema: Unser Aktionsprogramm. Schutzbund bereits 19 Uhr im demselben Lokal.
- Ortsverein Treptow, Mittwoch, den 11. November, 11 Uhr. Funktionärskonferenz der Bezirke Treptow, Oberschöneweide, Niederschöneweide, Adlershof, Johannisthal im Lokal verban, Niederschöneweide, Berliner Straße 129. Wichtige Besprechung. Mitgliedermaßnahmen werden dort entgegengenommen.
- Ortsverein Tiergarten: Bildungskursus. Die Rüstungsindustrie, ihre Proletate und ihre internationale Verpflichtung. Ref. Lehmann-Rudbyld. Kursusbeginn Dienstag, den 17. November, 20 Uhr, im Parkrestaurant Turmstr. 18. Anmeldungen und Anfragen an Hans Rubin, Flensburger Str. 10, Tel. Tiergarten 7346.
- Verein sozialistischer Lebensreformer Berlin, Donnerstag, den 12. November, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelter, Aufgang C. 3170. Deutsche Friedensgesellschaft, Bezirksgruppe Berlin-Nordwest, Dienstag, den 10. November, 20 Uhr, Arminius-Festhalle, Bremer Straße 72/73 (am Arminiusplatz). Genosse Heinrich Strobel spricht über das Thema „Novemberverbrecher“? Gäste willkommen.



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes, Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 44, 3. Hof II. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat.

#### Sonntag, den 8. November:

- Bekanntnis zur Revolution, Zylstr. 10, Döberitzstr. Ecke Prenzlauer Allee, Georg Ledebur spricht. Es wirken mit die Spieltruppe „Ton-Film“, „Panzerkreuzer Potemkin“, Geschlossene Veranstaltung. Alle erscheinen im blauen Kittel und roten Schläps.
- Montag, den 9. November, 19.30 Uhr: Tambourkorps. Jede Genossin oder Genosse, die mitgehen wollen und sich für die Schaffung eines Tambourkorps interessieren, schicken ihre Adresse an Gen. W. Kreimann.
- Pankow, die Agitations-Genossen treffen sich um 19.30 Uhr beim Gen. Richter.
- Steglitz, Jugendheim, Albrechtstraße 47, Mitgliederversammlung. Die SAZ ist eingeladen.
- Reichenhagen, Heim, Kopenagener Str. 24, II. — Die Revolution von 1918.
- Neukölln, Heim, Kaiser-Friedrich-Straße.
- Moabit, Heim, Leichter Str. 18-19, Revolutionsbekenntnis.
- Hansa, Heim, Schleswiger Ufer 16, Revolutionsbekenntnis.
- Friedrichshagen-Rosa Luxemburg, Heim, Diestelmeyerstr. Revolutionsgedenktag.
- Mariendorf, Rote Pioniere, Was lehrt uns der 9. November Charlottenburg-Mitte, Revolutionsgedenktag.
- Westend, Treffpunkt zur Revolutionskundgebung 9 Uhr Friedrich-Karl-Platz.
- Mitte-Süd, Heim, Waisenstraße 18, Mitgliederversammlung.
- Mitte-Nord, Ernst Toller, Jugendheim Elisabethkirchstr. 19 Schule, Politisch-satirischer Abend.
- Falkenberg, Kampffederabend.
- Aktionsbezirk West, im Jugendheim Spreestraße, Wilhelmplatz, Politischer Arbeitskreis, Thema: Reformismus.
- Mitteilung der BL, Donnerstag, den 12. Nov., pünktlich 19 Uhr, im Jugendsekretariat: Erweiterte Bezirksleitungs-Sitzung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schabert, Hiltlauerstr. 10, Johannes Hoffmann, Verlag: Siebel Zeitungsverlagsges. m. B. H. Druck: G. o. r. K. o. o. g. amplitob in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen RM 2.10 und RM -36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM -36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich, zuzüglich RM 1.30 Porto. „SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsbetriebe. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungsverlagsges. m. B. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 028. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2905.

ausgefressen Schieba.“ Der Angeredete rutsch, anruhig auf seinem Stuhl und zischt: „Und wo is Leo?“ „Sachte, der kommt zuletzt, der bezahlt erst noch für alle.“

Die Prozeßführung ist sehr scharf, die Ironie des Vorsitzenden stellt die Nerven der Prozeßbeteiligten auf manche harte Probe. Aber der Zuhörerschar geht er noch nicht weit genug, sie ist gefühllos gegen die Schlemmer von gestern, die jetzt geduckt auf der Anklagebank sitzen. Jeder Witz ist giftig, schmerzend, kein freier billiger Humor. Nein, eine maßlose Erbitterung ist hier aufgespeichert. Jeder weiß: wenn unsere Erwerbslosen, unsere Wohlfahrtsempfänger, unsere Kriegsbeschädigten, unsere hungernden Kinder etwas von einem dieser Herren wollten, waren sie nicht zu sprechen. Aber prassen, zechen, jubeln, schieben mit unserem Geld, dem Geld der Berliner Arbeiter, das konnten sie. Die Aermsten der Armer wurden mit Sklarekscher Schundware betrogen, aber die Sklareks und ihre Garde, — hoppla, die lebten!

Und dann noch eins, alle diese Prozeßbesucher kennen ein anderes Bild: das Arme-sünderbänkelein, wo der kleine Sünder wider die Gesetze dieser Gesellschaft sitzt, hilflos, zerquetscht durch die Autorität, enthrert durch die Ironie des Vorsitzenden, ohne Mut zu einer Verteidigung, rettungslos gefangen in den Maschen des Gesetzes zum Schutze der kapitalistischen Klasse. Wie anders das Bild, das sich hier bietet! Nie war ein Staatsanwalt so populär, wie der schneidige Sprecher der Anklage gegen die Sklarek-Garden. Als er dem Medizinalrat Störmer entgegenhielt, daß schließlich kein Angeklagter es als besondere Annehmlichkeit empfinde, sich vor Gericht zu verantworten; da hätte nicht viel gefehlt, und ein Befallssturm wäre durch den Zuhörerraum gebrast.

Das Urteil des Volkes in diesem Prozeß ist hart, ist gallig bitter, — aber es ist gerecht. W. E.

# Feuilleton der SAZ

## Erinnerung und Appell

Zum Jahrestag der deutschen Novemberrevolution — Ein Buch über Wilhelm II.

Es begann, wie bekannt, im Jahre 1914 mit der Bewilligung der Kriegskredite jene Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie, die man bildkräftigen Volksmüden am treffendsten „das eigene Grab schaufeln“ nennt. Seither hat es nicht aufgehört, im innersten Gebälk zu knacken, mitten in der Logik, mitten im Existenzsinn der Partei. Der letzte, zweifellos entscheidende Riß ist allerjüngsten Datums; nun ist endlich das Gebäude bruchreif und spruchreif das Gleichnis vom Grabe, das sich inzwischen zum geräumigsten Massengrab ausgewachsen hat. An eifrigem Schaufeln war ja wahrlich kein Mangel.

Es ist schade, daß ein Großteil der Jungen, in ihrer Kindheit zwar noch mit Trockenmilch und Dörrgemüse gefüttert, dennoch kein wirklich plastisches Gefühl für die Gegenwart hat. Sie laufen in Haufen wahrhaftig Faschisten und Nationalisten nach! Das ist ihr Spieltrieb, ihr eiliger Geltungsdrang, und es ist die Unwiderstehlichkeit der Verlockung, das Lebensrätsel durch Subordination zutraulich zu lösen, persönlicher Verantwortlichkeit entoben und, gratis, gar noch fesch dabei zu sein!

Gesetzt: eine denkende Jugend, deren Gegenwartsgefühl sich prägte aus dem Wissen um die wirklichen Geschehnisse der drei letzten und um die dringenden Erfordernisse der drei kommenden Jahrzehnte — die Leichtfertigkeit einer solchen Haltung wäre undenkbar; wiewohl auch der besten heutigen Jugend (und das ist die mit gutem Grunde ernsteste und sachlichste, die proletarische Jugend), wiewohl ihr allerlei unvermeidliches Gerümpel in den Weg geworfen ist. Die „große“ Zeit, aus der sie, zwar nur mit einem Zipfelchen ihres Daseins, kommt, ist doch noch allzu nah mit ihren schweren Bedeutungsgewichten; auch verbauen ihre Exponenten die klare Akustik nach hinten: die großen Brüder, die Väter und die Onkels — alle, ja alle stolz auf ihre Kriegserinnerungen! — verwischen die notwendige Distanz zum Gestern, sie entkleiden es gewissermaßen der historischen Weihe und Objektivität durch das profane Faktum ihres Nachvorhandenseins. Man darf überzeugt sein, daß vielen Jungen die täglich mannigfaltig in Wort und Schrift aufs Butterbrot gestrichene Erinnerung an enorme Wichtigkeiten, bei denen sie nicht dabei gewesen sind, zum Halse heraufhängt. Sie fühlen sich, die sie jetzt da sind, die augenblicklich wichtig sind, durch übertrieben betonte Balladen um Vergangenes — übersehen, geringgeschätzt, vernachlässigt. Und da Jugend rechtshaberisch

ist, und das mit Recht, lehnt sie oft allzu kurzerhand Erfahrungen, die nicht ihre eigenen sind, ab, zugunsten eines kühn umrissenen Kommenden, das sie mit Unverbrauchtem, mit Neuem, mit sich selbst zu erfüllen gedenkt.

Doch um sich eben dieses Vorhaben zu erleichtern, würde die revolutionäre Jugend von heute doch mit Vorteil dort ansetzen, wo die revolutionäre Jugend von gestern jäh vergraste und erlosch.

So, beispielsweise, hängen die beiden Panzerkreuzerbauten unserer Tage vor jeder klaren jungen Vernunft wie ein Irrsinn in der Luft (und möchten zu Putsch und Verzweiflung treiben!), sofern sie nicht auch psychologisch folgerichtig in gerader Linie aus der Flottenmanie Exkaiser Wilhelms begriffen werden, — der seine Zukunft damals bekanntlich auf dem Wasser vermutete, zu dem sie inzwischen geworden ist. Da sieht man: der Irrsinn hat Methode, und die Methode hat Tradition. Denn Wilhelm ist nicht irgendeiner, nicht ein privatisierender abgebauter Kaiser und nicht zu geschlossenen Akten gelegt, nein, Wilhelm ist ein Gattungsbegriff, heute noch, immer noch — ein sturer Plural. Volk und Kaiser hatten sich ja durch lange Friedensjahrzehnte so ineinander „versehen“, daß sie einander zu ähneln begannen, wie der Herr und sein Hund. Wilhelm liebte es, sich herrscheramtlich vor seinem Volke in eitle Szenen zu setzen und das harmlose Volk zeigte getreulich seine Dankbarkeit für dieses Bemühen, nicht nur, indem es das Theater glaubte, sondern indem es gar wacker selbst mitzuspielen begann, Phrasen zu dreschen, die das deutsche Eigenlob in der ganzen Welt berühmt und berühmtigt machten und einen Wilhelm über den anderen in die Welt zu setzen nicht verabsäumten.

Und unter den Barrikaden der Revolution, die der 9. November feiert, schlüpfte, da das Original selbst entschlüpfte war, schlau ihrer Tausende durch! Verkappte Wilhelme, Geister von seinem Geiste, die heute noch unter uns weilen, die es sogar verstanden haben, sich im innerpolitischen Orchester der Republik die ersten Geiger zu sichern, der törichtesten Menge die „Revolution“ gleich einem Volksfest, die „Republik“ gleich einem Magentrost belassend. Es entspricht diese heutige allgemeine Situation der 1914 speziell sozialistischen Situation — sie heuchelt. Beide aber haben den deutschen Wilhelm, den Bestehenden, den ganzen sturen Plural dieser Gattung „Wilhelm“ zu ihrem wahren Urheber.

So ist es angebracht, am 9. November in Erinnerung zu versinken . . . angebracht, sich des Stammvaters der Vielzuvielen zu erinnern, all derer, die heute etwa bestrebt sind, den ernstgemeinten Auftrieb der Revolution völlig zunichte zu machen, indem sie eine Diktatur über die Republik zu schicken trachten, wie sie sich seiner Zeit selbst Wilhelm kaum anmaßte, als er glossierte: „Ich werde Mich in der Praxis nur auf Gott und Mein scharfes Schwert verlassen und — — — scheiße auf die ganzen Beschlüsse.“ (Und doch möcht' da beinah einen Hitler der Neid fressen!)

Wenn daher zum 9. November im Luzifer-Verlag, Berlin W., „Wilhelm II., ein Film“ von Dosio Koffler erscheint, so ist die revolutionäre Jugend gebeten, sich nicht wie von „ollen Kamellen“ wegzuwenden Sie hat zu bedenken: Wilhelm lebt ja de facto noch . . . Während die Russen, soweit sie seiner habhaft wurden, noch den windigsten ihrer unzähligen Fürsten an die Laternen knüpften, um einen Tisch zu machen, sitzt unser Ex-Monarch im schönen Abend seines Lebens noch immer an unserm . . . reinen Tisch. Republikaner wünschen ihm hin und wieder telegraphisch guten Appetit, und die Zeche haben sie ihm auch schon bezahlt.

Das ist das eine. Das andere zum Tag der Feier der Revolution — „ER“ lebt ja lebendiger noch, als nur lebendig! — das andere ist in seinen vielen Vertretern dieser ganze Typus, den zwar die Revolution beseitigen zu können sich eingebildet hatte, der aber, wie man nach so viel Jahren erleben muß, immer noch recht aktuell ist.

Es geht in Kofflers kühnem Drehbuch beileibe nicht um das Problem der Monarchie; es geht dem Buche darum, den Nachweis zu erbringen, daß und auf welche Weise unter dem Einfluß Wilhelms II. der Gedanke der sozialen Revolution von den Sozialdemokraten selbst — aufgegeben worden ist.

Und das ist das dritte: die wahre Abrechnung mit IHM und seinesgleichen steht überhaupt noch bevor!

Es geht dem Buche also darum, aufzurufen zur sozialen Revolution etwa mit Worten seines Karl Liebknecht: „Der heutige Zustand ist die Tünche, unter der die bankrotten alten Mächte neuen Atem schöpfen, bis sie eines Tages den roten Anstrich leicht abkratzen“, aber „ob Sie wollen oder nicht, meine Herren, wir werden mit unserer ganzen Kraft die Volksmasse aufpeitschen, damit sie sich . . . endgültig befreit.“ Else Rützel.

Geschwindigkeit von 300,000 Kilometer in der Sekunde hat, also in einer einzigen Sekunde siebenmal den Weg um den Erdäquator zurücklegt. Tagtäglich beobachten wir fernste Vergangenheit, wenn wir zum Sternenhimmel aufblicken. Wir sehen heute den Polarstern so, wie er in Wirklichkeit vor dreihundert Jahren ausgesehen hat, als er die mit einer Geschwindigkeit von 300,000 Kilometer in der Sekunde zu uns gelangten Lichtstrahlen in den Weltraum aussandte. Wir sehen Fixsterne blinken, von denen die Wissenschaft festgestellt hat, daß viele von ihnen in Wahrheit schon seit Tausenden von Jahren kein Licht mehr aussenden, weil ihre Leuchtkraft erloschen ist. Die Entfernung dieser Fixsterne von uns ist so ungeheuer groß, daß ihr Licht trotz der größten Geschwindigkeit, die überhaupt im Weltraum möglich ist, viele Jahrtausende braucht, um bis zu uns zu gelangen. Und die Explosion einer Sonne im unermesslich weit von der Erde entfernten Andromeda-Nebel, die kürzlich beobachtet wurde, hat sich in Wirklichkeit vor über acht hunderttausend Jahren ereignet!

Die Lichtgeschwindigkeit wird nach Einsteins Theorie von keiner andern Geschwindigkeit auch nur im entferntesten erreicht werden können. Gleichwohl hat der Mensch im Flugzeug schon erstaunliche Geschwindigkeiten zu erzielen vermocht. Die kürzlich von den beiden englischen Fliegern Boothman und Stainforth erreichte Fluggeschwindigkeit von 211 Meter in der Sekunde läßt es als sehr wohl denkbar erscheinen, daß der einst auch noch die 279 Meter in der Sekunde betragende Geschwindigkeit der Drehung der Erde um die Sonne erreicht werden wird. Würde das gelingen, so würde unser Taggestirn für die Insassen des Flugzeuges stillstehen und nicht mehr untergehen. Unsere Technik arbeitet mit allen Mitteln an der Konstruktion geeigneter Stratosphärenflugzeuge, die gewiß sehr hohe Fahrgeschwindigkeiten erreichen werden, da sie in Höhen von über zwölftausend Meter „verkehren“ sollen und der Reibungswiderstand der Luft in diesen Höhen sehr gering ist. Die „Beherrscher der Lüfte“, die Flieger, können dann vielleicht mit Kaiser Karl V., der als König von Spanien zugleich Herrscher über die südamerikanischen Kolonien Spaniens war, sagen: „In meinem Reiche geht die Sonne nicht unter.“

### Künstlicher Gummi

Dem amerikanischen Gelehrten Jules A. Nieuwand soll es nach längeren Versuchen gelungen sein, künstlichen Gummi herzustellen. Bekanntlich hat Edison jahrelang daran gearbeitet, künstlichen Gummi aus Pflanzenstoffen herzustellen. Nieuwand will nun Gummi auf synthetischem Wege erzeugen und zwar hauptsächlich aus Azetylen und Salzwasser. Eine der größten chemischen Fabriken Amerikas, Dupont, soll bereit sein, die Auswertung der wichtigen Erfindung zu übernehmen.

### Das Vitamin A

Der englische Arzt Dr. Edward Mellanby in Sheffield hat eine neue Methode gefunden, um die gefährliche Blutvergiftung im Kindbett, die sogenannte „puer-perale Skepsis“, mit Erfolg zu bekämpfen. Nach der Meinung von Mellanby müsse das Vitamin A der Nahrung der Mütter beigelegt werden. Damit würden alle Formen der Infektion abgewendet. Bei seinen Versuchen, die der Engländer an über 6000 Frauen in seiner Klinik vornahm, wurden die Patientinnen im letzten Monat vor der Geburt mit einer Nahrung versehen, welche sehr viel Vitamin A enthielt. Damit wurden günstige Erfolge erzielt, da man bei zwei Gruppen (Nahrung mit Vitamin A — Nahrung wie gewöhnlich) feststellen konnte, daß bei den vitaminreich Ernährten 1,09 Proz. Zwischenfälle gegenüber 4,73 Proz. bei den vitaminarm Ernährten auftraten. Speisen, welche dieses Vitamin A reich enthalten, sind z. B. Milch, Butter und Eier, welche aber leider zu teuer sind, um sie in großem Maße bei der ärmeren Bevölkerung, bei der die Säuglingssterblichkeit und die Todesfälle im Kindbett besonders häufig auftreten, zur Anwendung zu bringen. — Auch ein Streiflicht zu der heute herrschenden „Ordnung“!

### Proletarische Kampflieder

die für unser Liederbuch geeignet sind, schickt uns sofort ein!

Wir brauchen Text und Melodie (Noten oder Angabe bereits bekannter Melodien).

Nachdruckverbot des Autors muß beiliegen.

Hauptvorstand d. SAP  
Berlin-Tempelhof  
Hohenzollernkorso 67

### Kriegsgericht

Von Dosio Koffler

Wir entnehmen diese Szenen dem oben erwähnten Drehbuch „Wilhelm II.“ von Dosio Koffler. D. Red.

Offiziere in purpurnen Generalsmänteln mit blitzenden Orden am Richtertisch. Liebknecht stehend davor. Elektrisches Licht, denn die Fenster sind gegen Licht und Laut von außen dicht verschlossen und verhängt.

Der Ankläger spitz:

„Dieses ungeheuerliche Verbrechen des Landesverrats ist einer ehrlosen Gesinnung entsprungen, ich beantrage daher sechs Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte!“

Er setzt sich.

Liebknecht gegen ihn gewendet:

„Man nennt mich ehrlos, weil ich ein bewährtes Werkzeug des internationalen Sozialismus bin und kein Handlanger der Hohenzollern und Krupp; ich aber nenne den ehrlos, der dem Massentrog Vorschub leistet und seine feigen Streiche gegen mich aus der Deckung der Zensur und im Dunkel geheimer Verhandlung führt und den Sinn meines Kampfes mit dem Gaukelwort „Vaterland“ zu verwirren sucht.“

Der Vorsitzende braust auf:

„Angeklagter, ich werde solche Beleidigungen nicht dulden! Sie haben sich lediglich zum Landesverrat zu äußern.“

Liebknecht höhnisch darauf eingehend:

„Also Landesverrat ist seit je ein Privileg der herrschenden Klassen: die wirklichen Landesverräter sitzen noch nicht auf der Anklagebank, sondern in Industriekontoren, auf Rittergütern, an der Moltkebrücke, in der Wilhelmstraße und auf den Thronen!“

Das Gericht schlägt mit den Säbeln auf den Tisch — aber unbeirrbar klingt durch das Gerassel die Stimme Liebknechts:

„Es sind jene Beutejäger und Vabanquespieler, die in einer Atmosphäre von Lüge und Heuchelei den Schweiß, die Not, den Jammer und das Gebein des Volkes in Gold und Macht münzen, bis diesem infernalischen Treiben die blutenden Massen dereinst ein Ende bereiten.“

Klirrend springt das Gericht von den Sitzen:

„Schluß damit! Das Gericht zieht sich zurück.“

Das Gericht erscheint, nimmt die Plätze ein; der Vorsitzende, erhoben, verliest das Urteil:

„Der Armeeungssoldat Karl Liebknecht wird zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus und zum Verlust der Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren verurteilt. Von Rechts wegen!“

Liebknecht greift den letzten Satz auf:

„Von Rechts wegen, denn ihre Ehre ist nicht meine Ehre, und kein General trägt seine Uniform mit soviel Ehre, wie ich meinen Zuchthauskittel tragen werde!“

„Ihre anmaßende Sprache ist umso weniger angebracht, als selbst das Volk, das Sie zu vertreten vorgeben, nur Spott und Verachtung für Sie übrig hat!“

Liebknecht:

„Sie berufen sich gegen mich aufs Volk, warum verstecken Sie sich dann in zehnfach verriegelter Verhandlung? Wagen Sies doch: nehmen Sie dem Volk die Knebel und Handschellen ab, rufen Sie es zusammen und lassen Sie uns vortreten, auf der einen Seite Sie mit Ihrer ganzen Gefolgschaft, mit wem Sie wollen! Auf der andern Seite ich ganz allein. Wo das Volk stehen wird, wenn der Vorhang des Trugs von seinen Augen fällt, bei Ihnen oder bei mir — ich zweifle nicht!“

### Literatur über

### Sowjet-Russland

Ueber Sowjetrußland ist in den letzten Jahren eine nach Hunderten von Büchern zählende Literatur entstanden. Der Ueberblick über diese Literatur wird nun wesentlich erleichtert durch ein Verzeichnis der deutschen, englischen und französischen Bücher, Zeitschriften usw. über Sowjetrußland, das bei der Buchhandlung Bukum A.-G. (Hugo Keller & Cie.) Wien I, Bauernmarkt 3, unter dem Titel „Literatur über Sowjetrußland“ soeben erschienen ist.

### Schwalben werden geschmort

Ein Kulturbild aus Italien.

Eine Wiener Zeitung schildert die verschiedenen Methoden, nach denen italienische Vogelfänger die Schwärme der Zugvögel abfangen. Laut offizieller Statistik sind im letzten Jahre in den staatlichen Fangbetrieben — die Erlaubnis kostet jährlich 500 Lire — über 1000 Doppelsterner Singvögel „geerntet“ worden. Professionelle Vogelfänger fangen nicht selten an einem Nachmittag 5000 Tiere. Die Beute wird von Großhändlern aufgekauft und an die Restaurants geliefert. Es widerspricht durchaus nicht der „Kultur“ der „besseren“ italienischen Gesellschaft, Singvögel zu verspeisen. Natürlich wird man so „feine“ Gerichte nicht auf dem Tisch des einfachen Proletariats finden. Aber desto häufiger sind sie auf der Tafel der reichen Schlemmer vertreten. Zu den genießbaren Vögeln zählt dieses elegante Gesindel auch die Schwalben, die man gerne in geschmortem Zustand ißt . . .

Angesichts solcher Verhältnisse fragt man sich, wie es jenen Schwalben ergangen sein mag, die nach dem vorzeitigen Kälteeinbruch Ende September in Oesterreich zurückgeblieben waren und von den Tierschutzvereinen bekanntlich per Flugzeug nach dem Süden transportiert wurden. Nur eine Flugzeugladung brachte mehrere tausend Schwalben nach Konstantinopel, wo man sie getrost in Freiheit setzen konnte. Wie viele von den armen Tieren aber, die nach Italien gebracht und dort ihrem Schicksal überlassen werden mußten, mögen wohl den italienischen Vogelfängern zum Opfer gefallen sein?

### Die Größe der Welt

Nur zu leicht sind wir Menschen geneigt, den Planeten Erde als den Mittelpunkt des Weltgeschehens zu betrachten. Dabei können wir nicht einmal ahnen, wie unendlich groß die Welt ist. Wir rechnen in der Wissenschaft mit Hundertsteln und Tausendsteln von Sekunden und mit Millionen von Jahren. Das sind Gegensätze, die menschliches Vorstellungsvermögen überschreiten. Schon seit drei Jahrhunderten wissen wir, daß das Licht eine



# Kampf und Vormarsch!

## Die Feuerprobe der SAP

Von Max Seydewitz

Vor einem Monat ist die Gründungskonferenz der Sozialistischen Arbeiter-Partei gewesen. In den fünf Wochen seit Bestehen der neuen Partei haben in ganz Deutschland Dutzende von öffentlichen Versammlungen stattgefunden, in denen vor einer überaus starken proletarischen Zuhörerschaft für die junge Bewegung geworben wurde. Die meisten dieser Versammlungen waren überfüllt und mußten schon lange vor Beginn polizeilich geschlossen werden. In allen Versammlungen gab es lebhaftes Diskussionen, die mit wenigen Ausnahmen durchaus sachlich geführt wurden und die den von der SAP gewollten Beweis erbrachten, daß trotz des tiefen Hasses, der als Folge des oft unsachlichen, gehässigen Kampfes zwischen SPD und KPD innerhalb der Arbeiterschaft wuchert, öffentliche Diskussionen über den von der Arbeiterklasse in dieser Krise zu beschreitenden Weg durchaus möglich sind.

Soweit sich die Vertreter der Sozialdemokratie an diesen Diskussionen beteiligt haben, haben sie allgemein sehr schlecht abgeschnitten. Und dies vor allem darum, weil sie in den Diskussionen überhaupt nicht einmal versuchten, ihren oder einen politischen Standpunkt zu vertreten, sondern weil sie sich damit begnügten, moralische Einwendungen gegen die „Spalter“ zu erheben. Ganz abgesehen davon, daß nicht die zur SAP gelangenen Sozialdemokraten, sondern der Parteivorstand die SPD gespalten hat, werden die Reden der sozialdemokratischen Diskussionsredner gegen die „Spalter“ im Laufe der Zeit immer mehr an Wirksamkeit verlieren. In dieser Zeit, in der die politischen Ereignisse sich überstürzen, in der die auf die Arbeiterklasse abgewälzte wirtschaftliche Last mit jedem Tag größer wird, wird das einzige Argument der SPD-Diskutanten im Laufe der Wochen immer mehr verblasen und immer unwirksamer werden. Die sozialdemokratischen Vertreter werden noch ein paar Wochen den Kampf gegen die SAP mit dem unberechtigten Vorwurf der Spaltung bestreiten können, dann aber werden sie vor den Massen politisch Stellung nehmen müssen, zu unserer und zu ihrer Politik. Und dann werden die Massen klar entscheiden können, ob diese dauernde bedingungslose Tolerierungspolitik der SPD dem Klasseninteresse des Proletariats dient, oder die klar und eindeutig alle Bündnisse und Tolerierungspolitik ablehnende Klassenkampfpolitik der SAP.

Auch die Redner der KPD haben gegenüber den Referenten der Sozialistischen Arbeiter-Partei in all diesen Versammlungen einen sehr schweren Stand. Sie operieren genau wie die SPD in erster Linie nur damit, daß die Gründung der neuen Partei ein „Verbrechen“ an der Arbeiterklasse sei. Sie sind aber nicht in der Lage, den Beweis dafür zu erbringen, daß es der KPD bisher gelungen wäre, die von der Politik der SPD enttäuschten Massen aufzufangen und zu sammeln. Der SAP gegenüber können die kommunistischen Redner nicht die Vorwürfe erheben, die sie in allen Versammlungen sonst gegen die SPD vorbringen; das politische Schild der SAP ist rein, und darum müssen die kommunistischen Diskussionsredner sich im Schweiße ihres Angesichtes mühen, mit „theoretischen“ Ausführungen das Programm der SAP zu widerlegen. Das gelingt meistens vorbei und trägt in sehr vielen Fällen zur Erheiterung der Versammlungsbesucher bei.

In allen sachlich geführten Diskussionen zwischen SAP und KPD hat sich in den ersten Wochen schon herausgestellt, daß auch die KPD bei diesen Diskussionen sehr schlecht abschnidet und daß die Kraftworte ihrer Redner nicht über die schwache Position hinwegtäuscht, die die KPD der neugegründeten proletarischen Klassenkampfpartei gegenüber hat.

Das Erfreulichste bei den Kämpfen, die die Sozialistische Arbeiter-Partei in den ersten Wochen ihres Bestehens draußen vor den proletarischen Massen zu bestehen hatte, ist die Tatsache, daß fast überall neben zahlreichen alten und verdienten Funktionären der Arbeiterbewegung das aktive junge Element zur neuen Partei gestoßen ist, und daß diese jungen Menschen buchstäblich Tag und Nacht mit einer bewundernswürdigen Aktivität für die Durchsetzung der neuen Partei arbeiten und keine Hindernisse und keine Opfer scheuen. In allen Orten, wo in Deutschland eine Ortsgruppe der Sozialistischen Arbeiter-Partei gegründet wurde, sind 100 Prozent der Parteimitglieder aktive Parteifunktionäre. Bei der Arbeit für die neue Partei stellt sich heraus, daß in der SAP ein Parteimitglied so viel Aktivität entfaltet und so viel Arbeit leistet, wie mindestens fünf SPD-Mitglieder. Papier-soldaten gibt es in der SAP nicht.

Der Elan der Jugend und die Aktivität aller unserer Parteimitglieder sind uns die allerbesten Gewähr dafür, daß unsere Bewegung sich durchgesetzt hat, daß sie nicht mehr aufzuhalten ist und daß sie sich gegen alle weiteren Widerstände durchsetzen wird, um die SAP zu der kraftvollen proletarischen Partei zu machen, die die Massen sammelt und die den Damm gegen den Faschismus bildet.

Painlevé in Berlin. Der ehemalige französische Ministerpräsident Paul Painlevé ist Sonnabend früh in Berlin eingetroffen und von dem französischen Botschafter François-Poncet am Bahnhof empfangen worden.

# SAP und hessische Landtagswahlen

(Von unserem hessischen Sonderkorrespondenten.)

rt. Wenn man die Rolle der jungen hessischen SAP innerhalb des Landtagswahlkampfes betrachtet, muß man die Frage nach ihren „Aussichten“, nach der möglichen Anzahl der Mandate an letzte Stelle rücken. Die SAP Hessens geht in den Wahlkampf unter Bedingungen, wie sie noch keine Partei antraf, aus Erwägungen, die für keine andere Partei Gültigkeit haben, zu Zielen, wie sie für keine andere Partei in Betracht kommen.

Als sich die hessische SAP konstituierte, waren die Vorbereitungen zum Wahlkampf schon in vollem Gange. Die großen Parteien hatten schon ihre Listen aufgestellt, die Einreichungszeit hatte schon begonnen, die politische Luft war von dem Bevorstehenden schon erfüllt. In diese Atmosphäre sozusagen hineingeboren, war die Antwort auf die Frage, wie sich die junge Bewegung in dieser politisch aufgeschlossenen Zeit verhalten sollte, zwangsläufig. Wenn ringsum alle Parteien ihre schwersten Geschütze aufzuziehen, wenn an allen Ecken und Enden politische Programme verkündigt, politische Führer präsentiert werden, ist für denjenigen, der darin nicht mit allen Mitteln seine eigene Persönlichkeit manifestiert, die Gefahr akut, erdrückt zu werden. Die neue Partei ist da. Wir sind von ihrer Notwendigkeit überzeugt. Damit ist für uns die Verpflichtung gegeben, in dem Chor der Programme und Prinzipien auch unsere Stimme zu erheben, mögen die „Aussichten“ versprechend sein oder nicht.

Es wäre zu erwägen gewesen, ob wir nicht unsere Prinzipien in den Kampf hätten werfen können, ohne sofort mit einer eigenen Liste aufzutreten. Dieser Einwand widerlegt sich von selbst. Hätten wir unseren Anhängern raten sollen, die SPD zu wählen, die wir soeben aus grundsätzlichen Erwägungen heraus verlassen haben? Hätten wir ihnen die Wahl der KPD empfehlen sollen, von der wir uns in manchem wichtigen Punkt noch trennen? Hätten wir die Stimmen unserer Wähler für die KPD mobil machen sollen? Abgesehen davon, daß die KPD in Hessen nur auf bestimmte Gebiete beschränkt ist — Rheinhessen kommt für sie z. B. gar nicht in Frage —, könnte auch eine solche Parole die Anhänger, die wir gewinnen wollten, nur von vornherein verwirren. Gar nicht in Frage kam natürlich, daß wir unseren Freunden die Wahlenthaltung empfahlen, wir, die wir gerade in der Auf- und der Indifferenz unserer schönsten Erfolge erzielten.

Die SAP trat mit einer eigenen Liste auf. Sie beantragte zum äußerlichen Zeichen, daß es ihr mit der Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung über die Parteigrenzen hinaus ernst ist, Listenverbindung mit der KPD.

Die SAP Hessens kann sich mit ihrer Kandidatenliste sehen lassen. Während z. B. die SPD in überwiegender Mehrheit — zu etwa 80 Prozent — auf ihrer Liste Regierungsräte, Bürgermeister, Gewerkschaftssekretäre verzeichnet, sind bei unserer Kandidatenaufstel-

lung zwei Gesichtspunkte strikt durchgeführt worden:

einmal die Genossen herauszustellen, die einen Namen haben als Vorkämpfer einer neuen proletarischen Politik schon im Rahmen der SPD, zum andern Vertreter der Arbeiterschaft, die im Betrieb stehen bzw. arbeitslos sind.

Geführt wird die Liste von dem Genossen Ohlhof, Meinz, der seither Vorsitzender der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion und Lokalredakteur an der „Volkszeitung“ war, und der im Kampf um die politische Linie seine Existenz drangegeben hat und heute arbeitslos ist. Die Genossin Frieda Rudolph, Offenbach, ist eine Arbeiterfrau, die schon lange oppositionell innerhalb der Partei stand, die besonders in der Frauen- und Kinderfreunde Bewegung sich Verdienste erworben hat. Der erste Vertreter der Provinz Oberhessen ist der Postschaffner Wilhelm Funk, den die SPD schon jahrelang in den Provinzialtag schickte, und der hier konsequent eine Aenderung der politischen Richtung vertreten hat. Unter den sonstigen fünfzehn Kandidaten finden wir das reine Arbeiterelement vorherrschend: Schlosser, Bäcker-geselle, Schneider, Schuhmacher, kaufmännischer Angestellter, Monteur, noch zwei Frauen. Das ländliche Element vertritt der Wagnermeister und Landwirt, Gen. Beckenbach, aus dem rheinhessischen Dörfchen Framersheim, und selbst die „Volkszeitung“, die ihn mit allerlei Verdächtigungen angreift, muß am Ende zugeben, daß die SPD diesen Genossen nur sehr schwer verliert. Genosse Andreas Quessel, Darmstadt, der Sohn des verstorbenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, vertritt als Gerichtsreferendar das intellektuelle Element.

Die SAP geht in den Wahlkampf in erster Linie, um die für politische Fragen aufgeschlossene Atmosphäre zur erstmaligen Propagierung ihrer Grundsätze und zur Aufklärung der weitesten Kreise der Bevölkerung über ihre Ziele auszunutzen. Sie geht in den Kampf fast ohne äußere Hilfsmittel. Sie ist ohne durchgebildete Organisation, ohne eingeführte Presse, und fast überall in den ländlichen Bezirken vermittelt unsere Wahlpropaganda überhaupt die erste Bekanntschaft mit unserer Bewegung. Angesichts dessen ist die Arbeit, die die jungen Organisationen der einzelnen Städte leisten, bewundernswert.

Heute wird eine neue Ortsgruppe gegründet, morgen schon sind sämtliche Mitglieder, soweit sie verfügbar sind, auf Propaganda unterwegs.

Der aktivste Teil der Jugend ist überall zu uns gestoßen, und er bildet den Kern der Propaganda-Aktion. Aber auch viele ältere Genossen, und erfreulicherweise zahlreiche ehemalige USF-Genossen, die seither abseits gestanden haben, werfen sich mit jenen Eifer in den politischen Kampf. Sicherlich „klappt“

die ganze Arbeit nicht mit der unfehlbaren Präzision eines eingefahrenen Apparates, wie er der SPD und der KPD zur Verfügung steht, aber wo wir hingelangen, reißt der frische Kampfgeist unserer Genossen die besten Kräfte der Arbeiterschaft mit.

Daran ändern auch die gegensätzlichen Mitteilungen der SPD-Presse nichts, die ihre „Achtungserfolge“ vergeblich als Begeisterung der Massen für die Tolerierung zu interpretieren versucht.

Am wertvollsten ist für uns wohl, daß wir in den wenigen Industriepunkten des Hessenlandes die bedeutendsten Fortschritte gemacht haben. Rüsselsheim, Keiserbach, Offenbach mit ihrer starken Arbeiterbevölkerung sind Stützpunkte geworden. Darmstadt und Mainz sind mit ihren Kreisen in stetem Vormarsch. Die südböhmischen Dörfer, deren Arbeiterbevölkerung nach Frankfurt, Offenbach, Hanau in die Fabriken geht, sind ebenfalls auf der Höhe, ebenso die stark von Arbeitern bewohnten Ortschaften des vorderen Odenwaldes.

Einen Barometer für unseren Fortschritt bot die Unterschriftensammlung zur Listeneinreichung.

Zwei Tage nur standen uns zur Verfügung. Nur die ganz sicheren Orte, wo schon eine Gruppe bestand, wurden herangezogen. Dennoch erhielten wir weit über 1000 Unterschriften, worunter Groß-Maina allein seine 500 aufbrachte, während ein kleiner Arbeiterdorf, Bruchentbrücken bei Friedberg, in dem die SPD-Ortsgruppe geschlossen zur SAP übertrat, sofort seine 80 Unterschriften präsentierte. Ingelheim, wo wir nach Angabe der Mainzer „Volkszeitung“ ein „Fiasko“ erlitten hatten, brachte 110 Unterschriften auf.

Wir geben uns keinen falschen Hoffnungen hin. Wir wissen, daß der ganze junge Elan einer Einmonats-Partei gegenüber dem ausgebauten Apparat der andern immer gehandicapt ist. Wir können unsere Wähler nicht mit Filmabenden locken. Wir können keine Wahlzeitungen gratis hinaus-schleudern. Die SPD hat ein Drittel ihrer Reichstagsabgeordneten für den Landtagswahlkampf mobilisiert, und ihre Versammlungen folgen dichter, als die unseren es können. Aber für die Kraft der jungen Bewegung zeugt, daß wir in den 14 Tagen vor der Wahl in Hessen weit über 100 öffentliche Wahlerversammlungen der SAP abhielten. Aber wenn diese Wahlen auch nicht mit einem überwältigenden „Sieg“ der SAP enden werden, auf jeden Fall haben wir das erreicht, weswegen wir in den Wahlkampf gezogen sind.

Wir haben in den Hauptbezirken die Arbeiterschaft wachergerüttelt, wir haben sie kritisch gemacht gegen das reformistische Schema der Sozialdemokratie, wie gegen das Radauschema der Kommunisten, wir haben die Herzen und Hirne der Arbeiterschaft wieder aufgelockert zu wirklich revolutionärem Wollen.

## Kämpfe am Nonni-Fluß eingestellt?

Tokio, 7. November

Die neuesten Nachrichten über die militärische Lage in der Nordmandschurei lauten etwas zuversichtlicher. Die Kämpfe sind eingestellt. Die japanischen Truppen haben, nach einer Bekanntmachung des Kriegsministeriums, den Befehl erhalten, nicht über Tanchi (12 km nördlich vom Nonni-Fluß) vorzugehen. Das Kriegsministerium gibt ferner bekannt, daß die Truppen nach der Besetzung von Tanching von einer Verfolgung der sich in der Richtung von Anganchi zurückziehenden chinesischen Truppen abgesehen haben. Da die Kämpfe am Nonni-Fluß doch heftiger gewesen wären, als man angenommen hatte, wurden gestern morgen eilig Verstärkungen von Changhün in Maroch gesetzt. Diese Verstärkungen sind nunmehr auf Nachrichten von der Einstellung der Feindseligkeiten hin unterwegs angehalten worden. Da die Japaner keinen Schlüsselpunkt in der Nordmandschurei brauchen und die Chinesen sich bereit erklärt haben, die Brücke zu reparieren, besteht die Hoffnung, trotz der kriegerischen Zwischenfälle doch noch zu einem Modus vivendi zu gelangen.

(Reuter.) Goldsendung von Japan nach Amerika. Dieser Tage sind in San Francisco 22½ Millionen Dollar Gold aus Japan eingetroffen. In japanischen Bankkreisen deutet man diese Goldverschiffung als eine Vorsichtsmaßnahme im Hinblick auf die Ereignisse in der Mandschurei.

## Wenigstens etwas!

Die Beobachter des Völkerbundes, Amerikas und Englands in Mukden

London, 7. November.

Wie „News Chronicle“ aus Mukden meldet, sind dort am Freitag die vom Völkerbund und der britischen und amerikanischen Regierung nach der Mandschurei entsandten Beobachter eingetroffen. Vertreter des Völkerbundes ist der spanische Generalkonsul in Schanghai.

„Befriedet“. Die Tatsache, daß die unter dem Kommando von Admiral Henly stehende englische Mittelmeerflotte Cypern verlassen hat, wird als Zeichen dafür angesehen, daß die Lage auf Cypern als zufriedenstellend betrachtet werden kann.

## Faschistenkrach auch in England

Die Telegraphen-Union meldet aus London: Auf einer Versammlung der englischen Faschistenliga, die am Freitagabend unter Vorsitz des Brigade-Generals Blackensy in London stattfand, kam es zu wüsten Szenen, als der Sekretär der Liga, Arnold Leese, gleich zu Beginn seines Vortrages von Kommunisten niedergeschrien wurde. Die Kommunisten stimmten die Internationale an, und bald kam es zu einer wilden Saalschlacht, in der Stuhlbänke die Hauptwaffen bildeten. Zahlreiche Personen wurden zum Teil schwer verletzt, bevor ein Ueberfallkommando den Saal räumen konnte. Die Schlägerei setzte sich noch auf der Straße fort. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor und trieb schließlich die Kämpfenden auseinander. (Selbstverständlich muß bei dieser Darstellung die Herkunft der Meldung berücksichtigt werden. Red.)

## Klepper Finanzminister

Der amtliche Pressedienst teilt mit:

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun hat auf Grund des Artikels 45 der preußischen Verfassung den Präsidenten der preußischen Zentralgenossenschaftskasse Otto Klepper zum Finanzminister ernannt.

## Studenten gegen Faschismus

... In Jugoslawien

Belgrad, 7. November.

Im Laufe des heutigen Tages kam es zu Kundgebungen eines Teiles der hiesigen Universitätsstudenten gegen die Regierung, in deren Verlauf mehrere Studenten verhaftet wurden. Der Rektor der Universität hat wegen der Kundgebungen die Universität bis zum nächsten Dienstag schließen lassen. Die Demonstrationen der Studenten gegen die Regierung begannen gestern abend, als oppositionelle Studenten eine von regierungsfreundlichen Studenten besuchte Wähler-versammlung sprengen wollten. Daraufhin wurden drei Studenten verhaftet. Wegen dieser Verhaftungen setzten die oppositionellen Studenten heute die Kundgebungen fort. Von der Polizei wurden weitere Verhaftungen vorgenommen.

## „Radikales“ Programm

Paris, 7. November.

Der Kongreß der Radikalen Partei hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Davon überzeugt, daß eine allgemeine Katastrophe nur durch eine energische Politik, die namentlich die Schaffung internationaler Abkommen erfordert, vermieden werden kann, und auf Grund der Feststellung, daß Frankreich heute bereits die Wirkungen der Isolierungspolitik verspürt, fordert die Radikale Partei

1. Kontrolle der Nation über ihre Wirtschaft;
  2. Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den anderen Ländern, und zwar auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Finanzen, der Industrie, der Währung und des Handels;
  3. Schaffung einer internationalen Währungs-solidarität und Verbot der Währungsspekulation;
  4. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit
- a) durch Ausführung eines großen Programms öffentlicher Arbeiten im Mutterlande und in den Kolonien sowie solchen internationaler Art,
- b) wenn nötig durch Herabsetzung der Arbeitszeit, die jedoch nur durch eine Verständigung zwischen den produzierenden Ländern beschlossen werden könnte.

Die heutigen Verhandlungen des Parteitages waren ausgefüllt mit Referaten über die Finanzpolitik Frankreichs, die Lage in der Landwirtschaft und schließlich mit einem Referat des Abgeordneten Durand über die Wirtschaftskrise. Dieser Referent sprach sich für eine internationale Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfeleistung aus, forderte aber für weitere Geldhergaben an andere Nationen Garantien, damit das geliehene Geld nicht zu Rüstungen gegen Frankreich verwendet werde.

## Herriot Vorsitzender

Der Jahreskongreß der Radikalen Partei hat in seiner gestrigen Nachmittagsitzung auf Vorschlag des scheidenden bisherigen Vorsitzenden Daladier durch Zuruf Edouard Herriot zum Vorsitzenden gewählt. Herriot hat die Wahl angenommen.

# Keine Tolerierung des Kapitalismus

Eine Stimme aus Oesterreich

Im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie veröffentlicht die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ einen Artikel des Genossen Felix Stika, der zu folgendem Ergebnis kommt:

„Der Radikalismus von rechts und links macht uns für die Krise mitverantwortlich. Daher muß alles vermieden werden, was den Schein erwecken könnte, daß die Sozialdemokraten nur eine Minute lang das herrschende System stützen würden. Klar und deutlich muß der Arbeiter sehen, daß der Gegensatz zwischen uns und der kapitalistischen Weltordnung, die nicht einmal das primitive Recht auf Arbeit dem Menschen gewährleisten kann, unüberbrückbar ist. Unsere Handlungen müssen alle auf die einfachste Formel gebracht werden, damit sie jedem Arbeiter verständlich sind. Ebenso müssen wir uns als Partei der Arbeitslosen, der Verelendeten, als Partei der Arbeitermassen, für die Zukunft etwas puritanischer einrichten. Aber das Wichtigste ist, daß wir überall, wo wir sind und hinkommen, die Fahne des Sozialismus hochziehen, die Fahne, die siegen wird, die siegen muß, selbst wenn in der heutigen Krise vorübergehend die Reaktion stärker in den Vordergrund tritt. Nichts anderes verlangen von uns die Massen der Arbeiter.“

Wir empfehlen diese Ausführungen der Aufmerksamkeit nicht nur des reichsdeutschen sozialdemokratischen Parteivorstandes, sondern auch der „linken“ Sozialdemokraten um Engelbert Graf, welche inzwischen in die Tolerierungslinie eingeschwenkt sind.

Doch für würdig befanden

## „Geheimrat“ Bachem im Wirtschaftsbeirat

Die „Sozialistische Wochen-Zeitung SWZ“ hat in einer ihrer ersten Nummern mitgeteilt, daß der Direktor der Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte, Herr Bachem, der aus seiner Amtstätigkeit im Preussischen Finanzministerium her noch den Geheimratstitel führt, in den Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung berufen werden würde.

Wider alles Erwarten schlen nach der Veröffentlichung der amtlichen Liste jener Persönlichkeiten, die zur Mitgliedschaft in dieser, von der Verfassung nicht vorgesehenen Instanz zwischen Exekutive und Legislative würdig befunden wurden, „Geheimrat“ Bachem nicht für den Wirtschaftsbeirat in Frage zu kommen.

Nunmehr wird bekannt, daß Herr Bachem, obwohl eine amtliche Nachricht von seiner Berufung niemals ausgegeben worden ist, trotzdem dem Wirtschaftsbeirat angehört und daß er an dessen bisherigen Sitzungen regelmäßig teilgenommen hat.

Herr Bachem war früher Kgl. preußischer Staatsanwalt und ist

bekannt geworden durch die Vertretung der Anklage gegen Rosa Luxemburg und Franz Mehring wegen Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam im Jahre 1913 in Kiel.

Jetzt gehört Herr Bachem der Sozialdemokratischen Partei an.

## Der Ausbeuter als „Wohltäter“

Rockefeller stiftet für die Arbeitslosenhilfe

Mit dem Namen Rockefeller verbindet sich der Gedanke an märchenhaften Reichtum, verbindet sich aber auch die Erinnerung an die grandiose Skrupellosigkeit eines Mannes, der seinen Weg über Leichen machte. Diese Millionen und Milliarden sind „geflossen“ aus grandiosen Spekulationen, sind gepreßt worden aus dem Blut und Mark von unzähligen Existenzen. Von diesem Blutgeld gibt Herr Rockefeller heute eine kleine Abschlagszahlung für die amerikanische Arbeitslosenhilfe. Die Meldung aus New York lautet:

Für die amerikanische Arbeitslosenhilfe haben John Rockefeller Vater und Sohn gemeinsam eine Million Dollars gestiftet. Weitere 750 000 Dollars wurden von E. S. Harkness gestiftet. Insgesamt hat die Arbeitslosenhilfe bisher 7,63 Millionen Dollars gesammelt.

Aus jungen Huren werden alte Bettelweibern und Mitglieder der „Liga für gefallene Mädchen“. Die amerikanische und die europäische Presse wird nicht versäumen, den neuen „Wohltäter der Menschheit“ zu preisen. Aber weder Rockefeller noch ein anderer Kapitalist kann mit „Wohltaten“ das kapitalistische Mordsystem rechtfertigen.

# Sportschau der SAZ

Fußball. 1. Kreis.

**Achtung, Genossen!** Die Bearbeitung des Fußballteils erfolgt von jetzt an durch den Genossen Malina. Vorschauen sind nur an ihn zu senden bis spätestens Mittwoch mittag. Berichte werden gebracht, wenn bis Montag mit der ersten Post eingehend. Anschrift: Malina, N 58, Dunckerstr. 12, b. Botta.

ASV. Schöneberg-Friedenau 07

Sonabend, den 14. November 1931. Monatschefen-Licht unserer Schwimmabteilung. Wir laden alle Genossen dazu ein! Abfahrt 20 1/2 Uhr von der Oberbaumbrücke mit dem Salonlampe „Columbus“. Loiz bis 5 Uhr früh in „Neu-Herrensdorf“. Dann Rückfahrt mit dem „Columbus“. Der Dampfer ist gut geheizt. Fahrtdauer etwa 2 Stunden. Es spielt die Kapelle Jezewski vom Deutschen Musiker-Verband. Fahrpreis und Loiz 1,50 Mark. Karten am Dampfer erhältlich! — Bußtag, den 15. November 1931. Hallensportfest des ASV. In der Turnhalle der Ruckersche Schöneberg, Rätterstraße. Es sind alle Sparten vertreten und wirken mit zur interessanten Ausgestaltung des Festes. Beginn 10 Uhr.

Sport-Verein Moabit, Tennissparte. Interessenten für das demnächst beginnende Hallentraining melden sich sofort bei Erich Frey, Berlin NW 87, Huttenstraße 70.

Internationales Schwimmfest der Freien Schwimmer, Breslau.

Am 15. Nov. 15 Uhr, im Hallenbad, Zwingerstraße. Das Melderechnis zum Schwimmfest ist so gut ausgefallen, daß das Schwimmfest einen äußerst interessanten Verlauf nehmen wird. Trotz der schweren wirtschaftlichen Lage ist es gelungen, eine technische Mannschaft zu verpflichten. Die Tschechen, die in den letzten Jahren im Schwimmsport einen großen Fortschritt gemacht haben, werden für die Breslauer Schwimmer einen ehrenbürtigen Gegner abgeben. Sie treten in folgenden Konkurrenzen an: 6 mal 50-Meter-Kraulschwimmen, 100-Meter-Kraul, 3 mal 100-Meter-Lagen-Schwimmen, 100-Meter-Kraul, 3 mal 100-Meter-Lagen-Schwimmen. Als Abschluß des Festes ist die Begegnung im Wasserball zwischen Prag und Breslau. Die Prager Mannschaft tritt mit derselben Mannschaftsanstellung an wie sie bei der 2. Arbeiter-Olympiade in Wien gespielt haben. Das Gesamtprogramm des Festes umfaßt 19 Nummern. Die Eintrittspreise sind den heutigen Verhältnissen angepaßt, so daß ein jeder die Veranstaltung besuchen kann.

Bezirk Breslau

Ausschreibung

zu den Geländeläufen am 18. November (Bußtag), vorm. 9 Uhr, im Ostpark. Veranstalter: Freie Kanu-Vereinigung, Breslau. Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder der Kanuvereine. Ankleideräume im Kaffeehaus Pirschan. 1. Lauf, über 2700 m, für Jugend; 2. Lauf, über 2700 m, für Männer; 3. Staffette, viermal 100 m für Sportlerinnen; 4. Staffette, über 1200 m, für Sportler. Diese Strecke ist wie folgt eingeteilt: 100 — 200 — 200 — 100 — 100 — 200 — 200 — 100 m. 5. Lauf, über 500 m, für Männer. Meldung an W. Frost, Karl-Marx-Straße 67.

Bezirk Zwickau. Am 15. November Bezirks-Turnstunde der älteren Frauen in Zwickau, Turnhalle Schedewitz. Beginn 9 Uhr. 3. Gruppe fährt 8.01 ab Reichenbach; 2. Gruppe fährt 8.02 ab Crimmitschau (hält nicht in Schweinsberg), steigt in Zwickau um in die Schwarzenberger Linie und fährt bis Schedewitz. Sonntagskarte bis Zwickau lösen und in Zwickau Karte bis Schedewitz; Zeit ist dazu vorhanden.

## Hygienische Sportbekleidung

Einem von Dr. Arnold im Leipziger Messeamt gehaltenen Vortrag entnehmen wir folgendes:

„Zu bevorzugen sind Sportkleider aus Wollestoffen oder Stoffe aus Wolle, Baumwolle und Kunstseide. Bekleidungen aus dieser Art Stoffe genügen am besten den hygienischen Anforderungen, da sie die Flüssigkeitsabgabe (Schweißbildung), Regulierung der Körpertemperatur, Blutstoffbildung und die Lichtwirkung am besten begünstigen. Auf bequemen Sitz und möglichst weite Kragenöffnung ist Wert zu legen. Bevorzugt sollten die hellfarbigen Sportsachen werden, die die ultravioletten Strahlen besser durchlassen. Kurze Hose und möglichst ärmellose Bluse sollten an Stelle der langen weißen Leinentennishose und des enganliegenden Turntrikots getragen werden.“

Rekordleistungen des Menschenherzens.

Prof. L. Holst (Moskau) hat den Einfluß der allerschwersten körperlichen Anstrengungen auf das Herz untersucht, indem er bei hundert Hammerschmieden das Herz vor Beginn der Arbeit und nach vierstündiger Dauer gemessen hat und namentlich die Veränderungen bei andauernder Schwerarbeit feststellte. Das Ergebnis war, daß sich das gesunde Herz bei der Arbeit ein wenig verkleinerte, das beschädigte Herz jedoch nach der Arbeit eine Vergrößerung zeigte. Die Untersuchung geschah klinisch, röntgenologisch und elektrophysikalisch.

Gandhi will in Hamburg sprechen. Der Hamburger Leiter des Tao-Kreises hat die Nachricht erhalten, daß Mahatma Gandhi auf seiner geplanten Vortragstournee bei der Rückkehr von der Londoner Rundtisch-Konferenz wahrscheinlich am 24. November in Hamburg im Conventgarten sprechen wird. Es wird sich, soweit bisher feststeht, um eine geschlossene Veranstaltung des Tao-Kreises handeln.

## Zentral-Theater Breslau

Breslau VI, Westendstraße 50  
Bis Donnerstag, d. 12. November  
bringen wir das entzückendste  
Tonfilm-Lustspiel der Aafa

**Die lustigen Musikanten**  
(Laubenkolonie)

Ein Schwank voll der urkomischsten Situationen, die Stürme der Heiterkeit entzesseln, mit den bestechendsten deutschen Film-Komikern  
Fritz Kampers — Camilla Spira — Hermann Picha — Erika Gäbner — Julius Falkenstein.

Im Beiprogramm:  
Mit voller Orchesterbegleitung  
Ein Spitzenfilm stummer Filmkunst:  
**Der Mongole und die Tänzerin**

Ein Film von der ewigen Sehnsucht nach der Heimat — 8 Akte.  
Ferner eine neuartige, internationale Bühnen-Attrakt.  
„Original Leopold!“  
Der beste Blitz-Verwandlungskunstl. auf offener Bühne.  
Beginn: Tägl. 4.30. — Letzte Vorstell.: 8.45.

**Sehr günstige  
Raufgelegenheit!**

Beitragteile eines Verbraucherlagers der  
Seitzungs-, Be- und Entwässerungsbranche für  
**Installateure, Monteure,  
Schlosser**

sind abzuziehen gegen Offerte bei:  
**U. Schlepzig & Co., G.m.b.H.**

**Konkurswarenlager**

Breslau, Garvestraße 7, Telefon Nr. 58045  
Lager Lorenzengasse 13 15

Verkauf werktags von Montag bis Freitag  
vormittags von 8 bis 1 Uhr

## Haase Spezial-Ausschank

Gabitzstr. 22 (im Haase) Tel. 35152

das Familienlokal des Südens

Vereinszimmer und Saal zu Versammlungen  
und Festlichkeiten jeder Art

## Genosse.

werde Mitglied der SAP

Nicht wegwerfen! Vorzeiler dieses erhält  
hohe Vergünstigung

## Moskau

und viele andere Stationen  
hören Sie mit den Apparaten  
vom größten Spezialgeschäft

## Radio-Wachtplatz

Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 18

Alles auf Teilzahlung. Bei  
Barzahlung hoher Rabatt!  
Telefon 59066

Tieferschüttel bringen wir zur Kenntnis, daß  
unser innig geliebter Sohn, Bruder, Schwager und  
Nefie

## Otto Weber

am Mittwoch den 4. November im blühenden Alter  
von 18 Jahren 11 Monaten plötzlich und unerwartet  
aus dem Leben geschieden ist.

**Kurt Weber und Frau**  
nebst Geschwister und Anverwandten

Breslau-Thochansch, den 6. November 1931  
Königsberg, Meißen, Frankfurt a/M, Mülheim a/M,  
Reichenbach, Freiburg.

Einkäschung Dienstag, den 10. XI 31.  
17 Uhr im Krematorium Grabschen.

## Inseraten-Akquisiteure

in allen Orten des Reiches — außer  
Berlin — per sofort für SAZ gesucht.

Angebote erbeten an

**Sichel Zeitungs-Verlags-Gesellschaft**

m. b. H.

Berlin O 27, Magazinstraße 15/16

Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands

Bezirksverband Berlin

Sozialistischer Jugend-Verband Deutschlands

Bezirk Berlin

**Sonntag, den 8. November**

vormittags 11 Uhr

im

**ELYSIUM**

Danziger Straße Ecke Prenzlauer Allee

**Bekanntnis**

zur

**Revolution**

Georg Ledebour spricht

Ton- und Sprechfilm:

„Panzerkreuzer Potemkin“

Spieltruppe:

„Roter Sturm“ „Rote Pfeile“

Eintritt: 10<sup>00</sup> Uhr Unkostenbeitrag 30 u. 60 Pf.

## SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM einschl. Bestellgebühr  
wöchentlich . . . 0,60 RM einschl. Bestellgebühr  
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

## BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,  
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungs-  
obmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-  
Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

**SAPD** **SAPD**

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands

Ortsgruppe Mylau i. V.

Montag, den 9. November, 20 Uhr,  
in der Turnhalle der freien Turnerschaft

## Revolutionstheater

Redner: Gen. Max Seydewitz, Berlin

„Wir und der 9. Nov.“

Außerdem: Sprechchöre,  
Musikvorträge,  
turnerische Vorführung.

Die gesamte Arbeiterschaft Mylau und  
der Umgebung, sowie alle mit uns  
Sympathisierenden sind zu dieser Feier  
herzlichst eingeladen.

Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands

Ortsgr. Mylau i. V.

A. A. Otto Richter

## Stärkt unsern Pressefonds!